

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen  
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den  
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Preis: 10 Pfennig. Die monatliche Kopiergebühr oder deren  
Raum 2 Pf. für Zeitungsabnehmer in Pf. für die Kassa (einschl.  
an den bezugsfähigen Teil eines Exemplars) 10 Pf. Anzeigen-  
kosten nach 9 Uhr ab in der Expedition Dresden-K. 1. Güterbahnhofstraße 2

6. Jahrgang Dresden, Mittwoch den 8. Oktober 1930 Nummer 235

## Diktatur mit Hilfe der Sozialdemokratie!

Reichsminister Treviranus enthüllt die weiteren Pläne der Brüning-Diktatur

Dresden, den 8. Oktober.  
Der Minister des Brüning-Kabinetts, Treviranus, hat dem Vertreter der „United Press“ ein Interview gegeben, in dem er die „parlamentarischen“ Absichten der Brüning-Regierung ausplaudert. Die bürgerliche Morgenpresse berichtet darüber:  
„... In einer persönlichen Unterredung mit dem Berliner Vertreter der United Press, die in den News Chronicle wiedergegeben wird, gibt Minister Treviranus die Pläne der Reichsregierung über ihr Verhältnis zum Parlament wieder. Treviranus sagt, daß das Kabinett zunächst auf die Unterstützung der Sozialdemokraten rechnen, um das Mißtrauensvotum der Rechtsopposition und Kommunisten zu Fall zu bringen. Danach beabsichtigt die Regierung, die verfassungswidrigen Teile des letzten angefügten Finanz- und Wirtschaftsplans gemäß Artikel 48 der Reichsverfassung in Kraft zu setzen und die Annahme von anderen Teilen des Planes durch eine Mehrheit des Reichstages sicherzustellen. Die Regierung werde bemüht sein, die

Vertagung des Reichstages von Mitte November bis März zu erreichen. In der Zwischenzeit werde Deutschland ohne Parlament regiert werden. Treviranus enthüllt, wie die Meldung weiter sagt, zum ersten Male, daß das Reichskabinett einem neuen Plan zur teilweisen Lösung der Arbeitslosenfrage durch Einführung der Arbeitspflicht oder, wie es der Minister nannte, der Pflichtarbeit zugestimmt habe. Der letzte Entwurf sehe die sofortige Anstellung von rund 30 000 Arbeitslosen vor. ... Es handelt sich bei diesen Arbeiten um die Trockenlegung der Sümpfe in Ostpreußen, den Bau von Dämmen und Deichen im mitteldeutschen Kanalnetz bei Mosbuden und um den Straßen- und Siedlungsbau. Der Plan sehe einen durchschnittlichen Monatslohn von 100 Mark für jeden auf diese Weise beschäftigten Arbeiter vor, was etwa der Summe entspreche, die er selbst als Hauptunterstützungsempfänger erhalten würde.“

Die Richtigkeit dieser Pläne wird in einem kurz nach Veröffentlichung dieses Interviews bekanntgegebenen amtlichen „Dementi“ bestritten. Es wird darin gesagt, man habe in dem Interview irrtümlich von „Plänen“ gesprochen. Es handele sich aber in Wirklichkeit nur um „Absichten“.

Die Brüning-Regierung hat mit ihrem Diktaturprogramm seinen Zweifel darüber gelassen, welchen Kurs sie gegen das deutsche Proletariat einschlagen gewillt ist. Die Erklärung Treviranus verschafft weitere Klarheit darüber. Und diesem Diktaturprogramm will die SPD Unterstützung verleihen! Entgegen allen bisherigen Fällungsversuchen der „Dresdener Volkszeitung“ über den Sinn des sozialdemokratischen Fraktionsbeschlusses muß gehen Hermann Fleißner, der ständische Spitzenkandidat der SPD, schreiben:

„Ihr (der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion) Beschlüsse deuten in allgemeinen Zügen den Weg an, den zunächst Fraktion und Partei gehen soll. Er ist abwartend, bedeutet mehr oder weniger Tolerierung des gegenwärtigen Zustandes.“  
Mit Bangen erfüllt über die Folgen des SPD-Beschlusses schreibt Fleißner: „Wir dürfen es nicht so weit kommen lassen, daß man uns mit Recht nachhaken könnte, Worte und Taten seien zweierlei.“ Nun, es kommt so weit. Und die sächsischen „Vinken“ selbst werden es beweisen. Um so gründlicher werden die sozialdemokratischen Arbeiter abzurechnen, gemeinsam mit den kommunistischen Klassenkämpfern den Kampf führen gegen Brüning-Diktatur und ihre sozialdemokratischen Koalitionspolitiker.

## Schied-Kabinetts durch SPD gerettet!

KPD-Antrag auf Auflösung des Landtags niedergestimmt / Nazis für legale Mitarbeit im Kapitalistenkabinetts / Kampferklärung der KPD

Dresden, 8. Oktober.  
Die gestrige Landtags-Sitzung demonstrierte eindeutig den Kurs, den die Hilstruppen der sächsischen Kapitalisten einschlagen gewillt sind. Die Nazis stimmten, wenn auch ohne Erfolg, für einen Ministerpräsidentenwahlkandidaten der Spitzkollpartei Hugenbergs. Die KPD erklärte sich zur Regierungsmitarbeit auf legalem, d. h. verfassungsmäßigem Wege bereit.  
Die sozialdemokratische Landtagsfraktion vollführte das Spiel wie ihre Reichstagsfraktion. Wie viele mit dem Argument des „kleineren Übels“ die Regierung der Brüning-Diktatur tolerieren wird, so begründeten die sächsischen „Vinken“ ihre Unterstützung des reaktionären Schied-Kabinetts damit, daß sie eine noch reaktionärere Naziregierung verhindern müßten. Mit derselben Begründung lehnten sie den kommunistischen Auflösungsantrag ab. Die Schied-Regierung und ihre reaktionäre Landtag werden also künftig dank der sozialdemokratischen Hilfe ihre unverschämte Politik gegen die Interessen des werktätigen Volkes in Sachsen betreiben dürfen.

Die Kommunistische Partei war die einzige, die, unbelastet vom Regierungshandel und von kapitalistischen „Staatsbürgerlichen“ Interessen der Schied-Regierung, ihrem Landtag und ihren Hilstruppen den Kampf ansetzte. Bei der Abstimmung zur Ministerpräsidentenwahl gab Genosse Sindermann namens der kommunistischen Landtagsfraktion nachstehende Erklärung ab:

### Erklärung der kommunistischen Landtagsfraktion

Die kommunistische Fraktion brandmarkt vor der breiten Öffentlichkeit die heute durchgeführte Komödie der Ministerpräsidentenwahl als einen weiteren Schritt der reaktionären bürgerlichen Parteien zur Verschärfung der Diktatur gegen die arbeitenden Massen und der Faschisierung in Sachsen.

Die von der Wirtschaftspartei und Volkspartei veröffentlichten Erklärungen der Bereitschaft einer Regierung mit den Faschisten kennzeichnen die allgemeine Situation und zeigen gleichzeitig, daß die Nationalsozialisten in dieser Situation der Zuspitzung der Klassengegnerschaft, der Verschärfung der Krise und der wachsenden Kapitalisierung der Massen, die Hilstruppe des Finanzkapitals sind, die der untergehenden Bourgeoisie Rettung gegen die proletarische Revolution geben sollen.

### Die Steuerdiktaturverordnung, das Notprogramm der Brüning-Regierung, die Durchführung des Steuerdikts durch die Schied-Regierung

zeigen, wie die herrschende Klasse sich auf Kosten u. geheimerlicher Verleumdung der Arbeitermassen zu halten versucht. Das Hauptprogramm der Brüning-Regierung bedeutet einen ungeheuerlichen Lohn- und Gehaltsraub für Beamte, Angestellte und Arbeiter. Die KPD enthält das demagogische Manöver der Brüning-Regierung zum Betrug des werktätigen Mittelstandes. Während die Regierung angeblich durch Vereinfachung der Steuer, durch Milderung der Grund- und Gewerbesteuer den Mittelstand entlastet, belastet sie diese durch die Steuerdiktaturverordnung mit der Kopfsteuer, der Biersteuer, der Tabaksteuer und anderen Steuerforderungen. Der Gehaltsabbau bei den Beamten, der die unteren und mittleren Beamten ungleich

gleichmäßig schwerer trifft als die oberen Beamten, ist das Signal für den verstärkten Lohnabbauangriff auf die Arbeiterklasse.  
Die Nationalsozialisten, deren Führer Hitler gestern mit dem Reichsfinanzminister Brüning verhandelt, erklären sich grundförmlich mit diesem Raubprogramm an den arbeitenden Massen einverstanden.

Dieses Programm dient der Aufrechterhaltung der Herrschaft und des Bestandes des Finanzkapitals. Es gibt den Kapitalisten Erleichterung, während es die arbeitenden Schichten schwerstens belastet. Die den Kapitalisten zugesprochenen Steuererlöse und den Arbeitenden durch Abbau entzogenen Lohn- und Gehaltssummen werden zur weiteren Monopolisierung und Nationalisierung verwendet. Die weitere Konzentration des Großkapitals wird die Krise der kapitalistischen Gesellschaftsform weiter zu vertiefen, aber weitere große Teile des Kleinbürgertums und der werktätigen Mittelschichten ruinieren und proletarisieren und neue Millionen von Arbeitern in tiefstes Elend stürzen.

Die Nationalsozialistische Partei enthüllt somit schon ihr wahres Gesicht als Feindin aller arbeitenden Schichten.

Die Sozialdemokratische Partei, der sozialdemokratische Ministerpräsident Braun haben der Brüning-Regierung schon offen die Unterstützung für das Raubprogramm zugesagt.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die unter der Empörung der Arbeiter einige radikale Formulierungen in ihre Resolution aufgenommen hat, verfährt der Brüning-Regierung ihre legale, stillschweigende Unterstützung. Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei wird von der gesamten Presse des Großkapitals freudig begrüßt.

Die sächsischen sozialdemokratischen Führer verleihen durch besonderes Betrugsmanöver die Arbeiter über diese Haltung ihrer Reichstagsfraktion und der Sozialdemokratischen Partei hinwegzutäuschen.

(Sehr richtig! s. d. Komm.) Sie unterstützen damit alle Maßnahmen der deutschen Bourgeoisie zur Faschisierung und fördern praktisch den Vormarsch des Faschismus. Sie halten die Arbeiter vom Kampf gegen den Faschismus zurück und verhindern den einheitlichen Zusammenstoß des Proletariats gegen die imperialistische Gefahr.

Allein die Kommunistische Partei führt den Kampf gegen die Diktatur des Finanzkapitals, gegen den Faschismus und für die Befreiung der arbeitenden Klasse.

Sie legt dem Raubprogramm der Brüning-Regierung, das der werktätigen Massen 5 Milliarden neuer Belastungen bringt, ihre Forderung für die Armen und Hungernden entgegen. Die Kommunistische Partei begehrt dabei nicht wie die Nationalisten und Sozialdemokraten einen Verzicht an ihren Wahlversprechungen (Sehr richtig! s. d. Komm.)

Die KPD fordert: Einstellung der Zahlungen des Youngplans, Streichung der Lasten für die Reichswehr, der Bürgerkriegsausgaben für die Polizei, Sondersteuer für Millionäre, Ausschüttung der hohen Gehälter und hohen Einkommen, Einziehung der hohen Gehälter und Riesenrenten, Streichung der Ausgaben für die Kirche, Zensur, Tens und Schlichtungswesen.

Die Kommunistische Partei hat frei und offen vor der ganzen Welt ihr Programm der sozialen und nationalen Befreiung des Programms ihres Bündnisses mit den Arbeitern der ganzen Welt aufgestellt. Sie kämpft für die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, gegen die Youngpläne und die Abwälzung derselben auf die werktätigen Massen, sie proklamiert den Kampf gegen die Notverordnung der Brüning-Regierung in allen Parlamenten und mobilisiert außerparlamentarische Massenaktionen gegen die Raubmaßnahmen des Finanzkapitals.

Die Kommunistische Partei kämpft für die Interessen der Arbeitenden, für Steuerfreiheit für Arbeiter, Angestellte, Beamte, Handwerker, Händler und arbeitende Bauern, deren Einkommen 3000 Mark nicht übersteigt. Sie fordert starke progressive Besteuerung aller höheren Einkommen. Sie führt den Kampf gegen jeden Lohnabbau, für Arbeitszeitverkürzung und

## „Rote Fahne am Rhein und Nordsee“

Hitler bekennt sich erneut zum Landsknecht des Weltkapitals

Benot Adolf Hitler zu Brüning fuhr, um mit ihm die Durchführung des Ausplünderungsprogramms der Regierung zu besprechen, sprach er in einer öffentlichen Versammlung der NSDAP in Frankfurt am Main. Der leit im „Völkischen Beobachter“ über diese Versammlung erscheinende Bericht enthält ein wichtiges Eingeständnis Hitlers. Hitler erklärte demnach:

„In Deutschland gibt es nur zwei Möglichkeiten der Rettung. Auf der einen Seite Freiheit und Ehre des Nationalsozialismus, auf der anderen Seite den Bolschewismus.“

Was Hitler als Möglichkeit der Rettung ansieht, geht aus folgenden Zügen hervor, die ebenfalls wörtlich dem Bericht des „Völkischen Beobachter“ entnommen sind:  
„Wenn das Ausland glaubt, daß es ihm besser geht, wenn am Rhein und an der Nordsee die rote Fahne aufgezogen sei, so soll es nur so fortfahren.“

Hitler hat ausnahmsweise recht. Das Ausland, an das er diesen Appell richtet, nämlich das Finanzkapital, die Truismagnaten in London, New York und Paris haben allen Grund, die drohende Revolution zu fürchten.



Lohnenhöhung, für wirkliche Arbeitsbeschaffung für die Erwerbslosen.

Die Kommunistische Partei stellt für Sachsen ein Arbeitsbeschaffungsprogramm auf, das, durchgeführt, für die breitesten Massen die Möglichkeit einer Beschäftigung auf längere Dauer gegeben hätte. Die bürgerlichen Parteien, die Nationalsozialisten, die Sozialdemokraten haben im Ausschuss dieses Programms der Kommunisten abgelehnt.

Die Nationalsozialisten gleichfalls die Mittelbeschaffung verweigert. Diese Haltung der Partei zeigt den breiten Massen erneut, daß innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft durch ein Parlament im kapitalistischen Staat ihre Not keineswegs gelindert werden kann.

Die heute durchgeführte Komödie über die Ministerpräsidentenwahl im Reich zeigt die Möglichkeit verschaffen, entweder baldigst mit Hilfe der Faschisten verstärkten Terror gegen die Massen in Anwendung zu bringen, weitere Randmaßnahmen durchzuführen oder der Schiedsregierung eine weitere Plattform für solche Maßnahmen zu geben.

Die sozialdemokratische Führerschaft, die im Parlament zwar radikale Worte hat, lehnt jede außerparlamentarische Mobilisierung gegen die verbrecherischen Pläne ab. Sie versucht alles um die Empörung der Massen zu dämpfen, und sie ist schon bereit, dem Kabinett Schied bei der Durchführung seiner arbeitseindlichen Maßnahmen, wie die Reichstagsfraktion dem Kabinett Brüning, stillschweigend Hilfeleistung zu leisten. Nachdem der Versuch dieser sogenannten „Lünen“ sozialdemokratischen Führer, in Sachsen in eine Koalitionsregierung zu kommen, nicht gelungen ist, sind diese bereit, außerhalb der Regierung das Kabinett Schied zu unterstützen. (Sehr gut! h. d. Kommunisten.) Vor den Arbeitern begründen die diese Haltung damit, daß sie erklären, sie wollen eine Faschistenregierung in Sachsen verhindern; in Wirklichkeit bauen sie aber damit dem Faschismus eine Brücke zu neuen weiteren Vorstößen. (Sehr gut! h. d. Komm.)

Die kommunistische Landtagsfraktion lehnt es ab, einem der Kandidaten ihre Stimme zu geben. Sie schlägt ihren eigenen Kandidaten vor. Gegenüber den immer wiederkehrenden demokratischen Mandatären ihrer Gegner betont die kommunistische Fraktion, daß sie mit der Aufstellung eines eigenen Kandidaten keineswegs eine Konzeption an die bürgerliche Staatstheorie der Sozialdemokraten macht, sondern ihren Vorschlag bringt, um die Mandatäre der übrigen Parteien im Landtag zu durchkreuzen. (Sehr gut! h. d. Komm.)

### Die Kommunistische Partei fordert die Auflösung des Landtages.

Sie sagt den arbeitenden Massen, daß diese eine Erlösung aus ihrem Elend eine Befreiung von den Ketten des nationalen und internationalen Kapitals, von den Youngplänen und den erdrückenden Steuerlasten der ungeheuerlichen Ausbeutung durch das deutsche Finanzkapital nur im breiten außerparlamentarischen Kampf erreichen können.

Sie fordert alle Arbeitenden auf, sich zum Kampf gegen die faschistische Gefahr im Antifaschistischen Kampfbund zusammenzuschließen, in den Betrieben rote Betriebskomitees zu bilden, antifaschistische Erwerbslosenkomitees zu organisieren.

Sie fordert die Arbeiter auf, überall in den Betrieben Betriebsgruppen der Revolutionären Gewerkschaftsopposition zu schaffen, unter deren Führung Kampfausschüsse zu wählen und den Streik gegen den Unternehmerangriff, für Siebenstundentag und Lohnausgleich vorzubereiten. (Sehr richtig! h. d. Komm.)

Die Kommunistische Partei enthält vor den Massen die Gefahr des Faschismus und die Diktaturmaßnahmen des Finanzkapitals und der Brüning-Regierung. Sie fordert die Arbeitenden auf, sich zum entscheidenden Kampf gegen diese Maßnahmen zu rufen und den politischen Massenstreik gegen alle Angriffe des Faschismus und der Bourgeoisie vorzubereiten.

Schafft die Einheitsfront aller Arbeitenden gegen eure Ausbeuter und Unterdrücker! Vereint ist das Proletariat unbesiegbar. Das einige Proletariat wird all seine Feinde niederringen!

Sinweg mit diesem Landtag!

Nieder mit dem Faschismus!

Es lebe der Kampf für Arbeit, Freiheit, Brot!

Für ein Sowjetdeutschland!

## Werte der Demokratie

### Staatspartei zusammengebrochen

Die Hauptaktionsausrichtung der Deutschen Staatspartei, die gestern Dienstag stattfand, hat als Resultat den Zusammenbruch dieser kurz vor der Reichstagswahl gebildeten bürgerlichen Mittelpartei herbeigeführt. Die Leute um Mahraun verließen die Staatspartei in das Lager der Sozialnationalen und Nationalsozialisten zu führen, während die Demokraten den Anschluß an die Sozialdemokratie nicht verpassen wollen.

Die Wahl vom 14. September hat bereits den Zusammenbruch der Parteien der bürgerlichen Mitte mit aller Klarheit aufgezeigt. Das, was sich jetzt im Lager der Deutschen Staatspartei abspielt, ist nur die fortschreitende Zerlegung und der Zusammenbruch der alten bürgerlichen Parteien. Ein Teil der Leute der alten demokratischen Partei dürfte den Anschluß an die Sozialdemokratie finden, während der andere Teil zur Volkspartei gehen wird. Der Zusammenbruch der Mittelpartei ist wieder ein Beweis dafür, daß sich die letzten politischen Auseinandersetzungen nur abspielen werden zwischen Faschismus und Kommunismus.

## Erneut beschlagnahmt

Stuttgart, 8. Okt. (Eig. Drahtbericht.)

Die württembergische Polizei legt im Auftrag der reaktionären Regierung Basille den Terror gegen die Süddeutsche Arbeiterzeitung, unser Bruderorgan in Stuttgart, fort. Dieselbe wurde gestern wiederum beschlagnahmt. Zum Anlaß wurde ein Artikel genommen, der über einen Streik berichtet, in dem Streikbrecher auftrat. Das ist selbstverständlich nur ein Vorwand, um überhaupt eine Handhabe zur Beschlagnahme zu haben.

## Wirtschaftsblockade gegen die Sowjetunion

Paris, 8. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Die französische Regierung hat eine besondere Kommission zur Überwachung der Einfuhr aus der Sowjetunion gebildet. Die Kommission wird Schiffraten und Terrormaßnahmen des Handels mit der Sowjetunion vorbereiten.

Die gestrigen „Times“ fordern in einem Leitartikel, daß die gegenwärtig togende Weltkonferenz Maßnahmen gegen das „Dumping“ treffen soll.

# Die KGD im Angriff!

## Revolutionäre Führung sichert erfolgreiche Kämpfe gegen Unternehmerterror.

Unter Führung der KGD organisieren überall die Arbeiter die Kampffront gegen den Unternehmerterror auf Lohnraub, gegen die Einführung verhänglicher Rationalisierungsmethoden. In Sachsen haben die Arbeiterinnen von Wünschens Erben in Ebersbach seit 3 Wochen geschlossen im Kampf. In Udingen in Württemberg streiken seit 8 Wochen die Arbeiterinnen einer großen Textilfabrik gegen einen 15prozentigen Lohnraub. In Berlin treffen die Metallarbeiter unter Führung der KGD alle Kampfmaßnahmen, um nicht nur den Lohnraub abzuwehren, sondern um den Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich und 20 Pf. Stundenlohnsteigerung zu erkämpfen. Der Tarifvertragsentwurf der KGD-Industriegruppe Metall in Sachsen hat lebhaften Widerhall in den Reihen der Metallarbeiter gefunden. Während die Reformisten erklären, daß in dieser Zeit der Massenarbeitslosigkeit kein Streik gesetzt werden kann, zeigen die von der KGD eingeleiteten Bewegungen, daß es möglich ist, Kämpfe erfolgreich durchzuführen. Mit allen Kräften werden die Anhänger der KGD, während die Massenbewegten Arbeiter dazu übergehen, in den Betrieben die revolutionären Vertrauensmännerapparate, die Kampfleitungen, die Betriebsgruppen der KGD aufzurichten und die Arbeiterkraft, ob kommunistisch, sozialdemokratisch, christlich oder parteilos, in einer Front gegen Unternehmerterror und Arbeiterterror zusammenzuschließen.

## Glänzender Betriebsratsieg der KGD

Im norddeutschen Wolltarnern Sternwoll-Spinnerei in Barmstedt bei Hamburg errang die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition bei der am letzten Sonnabend stattgefundenen Betriebsratswahl einen glänzenden Erfolg. Die Liste der KGD erhielt 821 Stimmen, gleich 10 Sitze, die SPD-Liste 209 Stimmen, gleich 2 Sitze. Die Belegschaft der Sternwoll-Spinnerei besteht zum größten Teil aus jugendlichen Arbeiterinnen. Es ist ein Betrieb, in dem verachtet wird, mit Unterstützung der Direktion den Betriebsfaschismus mit allen Mitteln hochzuschütten. Das Wahlergebnis ist ein glänzendes Bekenntnis der Belegschaft für den revolutionären Kampf.

## Vormarsch auch in Stettin

Am Freitag und Sonnabend fanden im Betrieb der Stettiner Hafengesellschaft die Betriebsratswahlen statt. Von den 334 abgegebenen Stimmen erhielten

Liste KGD	378 Stimmen (4 Sitze)
Liste der Reformisten	466 Stimmen (5 Sitze)
Faschisten	50 Stimmen (1 Ersatzmitglied)

Die KGD trat in diesem Betrieb zum erstenmal mit einer eigenen Liste und unter den Forderungen des 5. Weltkongresses der KGD auf.

## Eisenbahner im Kampf gegen Lohnraub

Die Eisenbahnarbeiter der Bahameiserei Waffing (Bayern) haben geschlossen die Arbeit niedergelegt, da die Leitung

## Wohin treibt Deutschland?

Millionen leiden unter der kapitalistischen Katastrophopolitik. Millionen haben am 14. September ihre Stimme gegen sie erhoben. Millionen sind unzufrieden mit dem herrschenden System, mit der Regierung des Finanzkapitals. Sie sagen: So kann es nicht weitergehen! Die Regierung aber antwortet ihnen mit der Verhängung der verhängten Drogenblockade gegen die Millionen Werttätigen, mit der Verhöhnung der werttätigen Wähler des 14. September. Sie spielt auf ihre „demokratische“ Zustimmung.

Das Spiel mit der faschistischen Diktatur ist das gefährlichste Spiel, das die deutsche Bourgeoisie je betrieben hat. Sie hat es aber nicht aus Stärke, sondern aus Schwäche begonnen. Sie spielt es, weil ihr das Wasser bis an die Gurgel steht, weil ihre bisherigen „demokratischen“ Herrschaftsmethoden nicht ausreichen und die tiefe politische Krise eine parlamentarische Herrschaft der „traditionellen“ Parteien des Kapitals verhindert hat.

Die Struktur Deutschlands als eines hochentwickelten Industrielandes mit vielen Millionen Industriearbeitern, mit vielen Millionen anderen Werttätigen, mit einer starken revolutionären Arbeiterbewegung erschwert naturgemäß die Errichtung der offenen faschistischen Diktatur. Die grandiose Demonstration der 4,6 Millionen für die Kommunistische Partei und die tiefgehende Krise innerhalb der sozialdemokratischen Arbeitermitglieder, die sich radikalisiert vom Sozialfaschismus abspinnen, zeigen einerseits von der rapiden Verhängung des Klassenkampfes in Deutschland, zwingen aber gleichzeitig das Finanzkapital, zu manövrieren und keine letzte politische Karte vorzistig auszuspielen.

Viele Leute und gefährliche Karte für die Bourgeoisie ist die Kapitalpartei. Die Faschisten und Traktanten, die Youngdeutschland regieren, scheuen nicht etwa den abenteuerlichen Aufstieg des Reichspolizei-Göedebels zum Führer einer arbeitseindlichen Löffelregimente zum kolonialistischen Innenminister der Youngrepublik, obwohl gerade eine solche Tatsache die unerhörte Tiefe der politischen Krise erneut signalisieren würde. Die Kapitalisten scheuen vielmehr die Entlassung der Kapitalpartei durch eine Regierungsbeteiligung, weil sie wissen, daß damit Millionen betrogen werttätiger Wähler der Faschistenpartei von ihrem reaktionären Irr- und Umweg des 14. September abzuweichen und zum Kommunismus hoken würden. Kein Göedebels, Straher oder Fried kann auf den Ministerposten der Youngrepublik seine Versprechungen halten. Die Kapitalminister werden innen- und außenpolitisch das Gegenteil ihrer Versprechungen tun, den gemeinsten Volksverrat begehen.

So kann die faschistische Diktatur zunächst in der Form einer brutalen Diktatur des Artiles 48 und der politischen Reichswehrgeneralen aufstehen, ohne daß schon alle Segnungen des „Dritten Reiches“ mit tollenden Arbeitertöpfen in Kraft treten.

Brünnings Diktaturprogramm („für das deutsche Volk“, gegen den Reichstag) wird gegenwärtig mit den nationalsozialistischen und mit den sozialdemokratischen Führern besprochen. Das Finanzkapital gebraucht seine beiden Arme, den faschistischen wie den sozialfaschistischen.

Es wird die legal an die Antitrippe des Staatsapparates drängenden Kapitalführer zur „Hilfen“ Unterstützung heranziehen um nötigenfalls über Nacht ihnen offen Ministerposten zu übertragen. Es wird gleichzeitig die Führer der Sozialdemokratie unter der Drohung, sie aus ihren 300.000 hochbezahlten Staatsposten hinauszukütern, ebenfalls zur Hilfschweigenden oder offenen Unterstützung jenes faschistischen Diktaturprogramms zwingen. Die erste Maßnahme, die das faschistische Zentrum durch Brüning und Brüning vom Sozial-

des hartigen Betriebs einen wirtschaftlichen Lohnraub von 3 Pf. die Stunde angeordnet hatte.

## Düsseldorfer Bauarbeiter streiken

Die Arbeiter der Baufirma Dolar Bonn in Düsseldorf sind wegen verhängter Rationalisierungsmethoden in den Streik getreten.

## Streik in Beraich-Gladbach

Die 250 Mann starke Belegschaft der Bercellus-Hütte in Beraich-Gladbach ist als Antwort auf einen 10-15prozentigen Lohnraub in den Streik getreten. Die Unternehmer haben den Streik mit der sofortigen Entlassung der gesamten Belegschaft beantwortet und suchen in der Stegerwald-Presse Streikbrecher.

## Textilarbeiter im Bezirk Hessen-Waldeck im Angriff

Unter Führung der KGD trat am Montag vormittag die 250 Mann (davon 120 Arbeiterinnen) zählende Belegschaft der Textillabrik Fröhlich u. Wolf in Hessisch-Lichtenau gegen einen 20prozentigen Lohnraub geschlossen in den Kampf. In der Streikversammlung forderte der Vertreter des Textilarbeiterverbandes zum offenen Streikbruch auf. Seine Haltung rief eine starke Empörung hervor, so daß ihm nichts anderes übrig blieb, als aus Furcht, eine Tracht Prügel zu beziehen, fluchtartig die Streikversammlung zu verlassen. Die Firma hat den gesamten Betriebsrat entlassen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen fordern die Wiederbestellung des Betriebsrates und eine Stundenlohnsteigerung von 20 Pfennig.

## 2000 Pflichtarbeiter streiken

In der Stadt Wuppertal (früher Elberfeld-Barmen) sind circa 2000 Walfahrts- und Pflichtarbeiter Montag früh in den Streik getreten. Die Hälfte dieser Arbeiter erhielt keinen Lohn, sondern nur ihre Unterzählung, während die andere Hälfte mit ein paar Pfennigen entlohnt wurde.

## Wie die Berliner Metallarbeiter zum Kampf rüsten

Berlin, 8. Okt. (Eig. Drahtbericht.)

Gestern abend tagte der zentrale Kampfausschuh der Berliner Metallarbeiter, um den Bericht der einzelnen Mitglieder entgegenzunehmen. Der Streikwille der Berliner Metallarbeiter, unter Führung der KGD gegen jeden Pfennig Lohnraub zu kämpfen, wächst. Das ging aus allen Berichten eindeutig hervor. Zur Verbreiterung des Kampfausschusses und zur Verbesserung der Arbeit unter den Frauen wurde beschlossen, daß die Betriebe mit starken Arbeiterinnen-Belegschaften aufgefördert werden, je eine Arbeiterin in den zentralen Kampfausschuh zu wählen. Der Kampfausschuh erwartet auf den Schiedspruch vom 6. Oktober hin die Streikaufnahme in den Berliner Metallbetrieben.

demokraten Otto Braun fordert, ist die Zustimmung der Preußensregierung. Die SPD hat zugestimmt.

Diese Entwicklung in Deutschland nach zwölf Jahren Weimarer Republik und Koalitionspolitik, die Entwicklung der faschistischen Diktatur aus der November-Demokratie zeigt den ganzen Verrat der deutschen Sozialdemokratie. Wie hat sie das arbeitende Volk Jahr für Jahr genarrt und betrogen! Wie haben Jörgiebels, Käthe, Seering's, Brüning, Verbot und Zuchthausgeheim dem Faschismus den Weg bereitet! Wie haben Weibells Unterzählungsraub und Zwangsbeschäftigung, die sozialfaschistische Streikbruch- und Spaltungspolitik in den Gewerkschaften der faschistischen Hungerdiktatur die Bahn gebahnt! Und heute stehen die sozialdemokratischen Führer unaufrichtig unter dem Kommando ihrer Vorgesetzten, der Finanzkönige, entweder die faschistische Hungerdiktatur gegen die werttätigen Millionen zu unterstützen oder aus den Tausenden und aber Tausenden von fetten Pölkchen zu fliegen.

Während der „Staatsmann“ Otto Braun mit Brüning und Brüning verhandelt während die SPD-Reichstagsfraktion bereits dem Brüningprogramm praktisch zugestimmt hat, während die Seidewitz und Edel die SPD-Arbeiter durch radikale Märchen an der Stange zu halten suchen, schwilt die Meuterei der Massenbewußt denkenden Mitglieder in der Sozialdemokratischen Partei zu einem wahren politischen Erdbeben an. Die Sozialdemokratie ist die Partei des Abfalls, des Verrats, des Bankrotts.

Die Kommunistische Partei ist — das hat der 14. September gezeigt — die Partei des Aufstiegs, der wachsenden revolutionären Kampftrakt, der antifaschistischen und antifaschistischen Einheitsfront der Millionen. Die unvermeidliche Entlassung des volksfeindlichen Faschismus, die unvermeidliche Wegbereiterrolle der Sozialdemokratie für Unternehmertum und Faschismus macht die Kommunistische Partei zur einzigen Partei der proletarischen Zukunft. Wenn diesem ohnmächtigen, schon vor seinem Zusammentritt ausgeschalteten Reichstag noch ein Reichstag folgen würde, dann würde die Kommunistische Partei gewiß die Stärkste in ihm sein.

Wir stellen diese Perspektive nicht, um die Massen einzulullen und ihnen glauben zu machen, daß der kommunistische Sieg ihnen als ein billiges Geschenk in den Schoß fallen wird. Die Kampfaufgaben für die deutsche Arbeiterklasse und ihre revolutionäre Partei, die Kampfaufgaben für die ausgegliederten Arbeiter, Angestellten, Beamten, Mittelständler und Kleinbauern gegen die faschistische Hungerdiktatur sind die größten und ersten Aufgaben in der Geschichte des proletarischen Freiheitskampfes in Deutschland. Auf allen Fronten muß die Massenfront entsetzt werden: im Streik gegen die Diktaturherrschaft, im Streik gegen Lohnraub unter der Führung der KGD, in der Schaffung des Kampfbündnisses der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen, der radikalen Arbeiter, der Mittelständler und der werttätigen Bauern, im mehrfachen Kampf gegen Kapitalterrorherrschaft, in der Rettung der Groß- und Verkehrsbetriebe zum politischen Massenstreik.

Der Weg Brünnings, der Weg der Kapitalisten, Faschisten und Sozialdemokraten ist der Weg tiefer in die Katastrophe, tiefer ins Elend und in die Enttötung für die werttätigen Millionen.

Der Weg der Kommunistischen Partei, wie er in der Programmklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes gezeigt wurde, ist der Weg der Rettung aus der kapitalistischen Katastrophe, der Befreiung vom doppelten Joch des in- und ausländischen Kapitals, der Erlämpfung Sowjetdeutschlands.

Wir marschieren gemeinsam mit den revolutionären Arbeitern aller Länder unter der Führung der Kommunistischen Internationalen.

Auf diesem Wege, erlaubt oder „verboten“, bricht es! Kampf, Kampf, abermals Kampf!



# Die revolutionäre Bewegung in Lateinamerika

Lateinamerika wird in letzter Zeit von einer Welle von Revolutionen überflutet. In Argentinien wurde der Staatspräsident Frigolo abgesetzt, in Peru die Regierung Leguia gestürzt, Brasilien steht inmitten der Revolution, und auch in Bolivien und auf Kuba ist die Lage gespannt.

Die Bewegung ist nicht zufällig. Sie ist das natürliche Ergebnis des verstärkten Kampfes zwischen englischem und nordamerikanischem Imperialismus.

Lateinamerika leidet wie alle bourgeois Staaten unter einer schweren wirtschaftlichen Krise. Die Lage ist sehr ernst. Die Krise hat vorwiegend agrarischen Charakter. Die landwirtschaftliche Presse Lateinamerikas erklärt, das Unternehmertum müsse die Produktion einschränken, um zu vermeiden, daß überschüssiges Korn nutzlos vernichtet wird. In einzelnen Zweigen der Industrie ist die Lage geradezu katastrophal.

Der Kampf um die Macht zwischen England und dem U.S.A. spiegelt sich in allen Staaten Lateinamerikas wider. Es gibt zwei große politische Parteien — die konservative, die ihren Rückhalt in Washington findet, und die liberale Partei, die von London aus unterstützt wird. Diese beiden Interessengruppen führen mit politischen und militärischen Waffen erbittert Krieg gegeneinander. Dies hat unersättliche ökonomische und politische Bedingungen zur Folge. Die Krise gibt den imperialistischen Machtgruppen die Möglichkeit, die Länder, die unter schwerem wirtschaftlichen Druck zu leiden haben, zum Spielball ihrer Machtgier zu machen. Die Radikalisierung der südamerikanischen Bevölkerung wird vom englischen und amerikanischen Imperialismus zur Ausstrahlung ihrer Konflikte benutzt.

England, die größte Weltmacht der Vorkriegszeit, übte die Vorherrschaft über viele lateinische Länder aus. Es hatte in der Westküste Brasiliens, Argentinien, Peru usw. etwa 5 Millionen Dollar investiert. Die Rohstoffquellen Lateinamerikas wurden vom englischen Imperialismus für sich in Anspruch genommen. Es führte aus diesen Staaten ungeheure Mengen Naturprodukte aus, um sie dafür mit englischen Fertigfabrikaten zu beliefern.

Im Weltkrieg und während der Nachkriegsjahre ist ein Umschwung eingetreten. Der amerikanische Imperialismus ist in die Länder Lateinamerikas eingedrungen und hat England von seinen unabhängigen Staaten verdrängt. U.S.A. gewann nach und nach großen Einfluß. Das investierte englische Kapital ist vom Jahre 1913 bis 1929 nicht gestiegen, dagegen hat Wallstreet seine Kapitalien von einhalb Milliarden auf rund fünf Milliarden Dollar erhöht, in Argentinien allein von 15 Millionen auf 400 Millionen Dollar. Diese Tatsachen sprechen für sich selbst. Der größte Teil des Handels und der Industrie, so der Hauptgütermarkt wie Weizen und die Konzentration der Produktion, liegt in der Hand nordamerikanischer Firmen. In den letzten zwei Jahren haben amerikanische Bankiers die größten Petroleumgruben und fast alle elektrischen Stationen und Tramwaylinien der Provinzstädte aufgekauft. Früher gehörten sie englischen Truften.

Ein kürzlicher Besuch des Präsidenten Hoover verstärkte den Einfluß jüngsten Englands.

Hoover und Stearnson sind auf die Aufgabe, was sie angeht die Revolte in Peru zu tun gekommen, einer direkten Animosität ausgenommen. Sehr bestimmt haben sie sich jedoch bezüglich der Revolution in Argentinien erklärt.

Die Revolutionen und Revolten, die sich in den lateinamerikanischen Staaten abspielen, die Aufstände und Revolten in Brasilien und Kuba, — sie haben alle denselben Charakter. Sie werden von denselben imperialistischen Händen diktiert. Sie sind der Anfang zu dem Feuer, das sich zwischen den beiden mächtigen imperialistischen Rivalen entfachen wird.

Der Kampf dieser imperialistischen Mächte verläuft das Proletariat, ruiniert das Bauerntum, untergräbt die Interessen der Kleinbourgeoisie.

## Zu den Kämpfen in Brasilien

Die Aufständischen befinden sich auf dem Marsch nach der Hauptstadt Rio de Janeiro (unser Bild). Im Oval der Präsident Dr. Luiz Pereira, dessen Amtszeit am 15. November abläuft.



In Peru mochte sich die englische Diplomatie, welche den Gedanken auf Rückgewinnung der lateinischen Länder noch nicht aufgegeben hat, die Unzufriedenheit aller Bevölkerungsschichten mit der Regierung des Diktators Leguia zunutze, um das Land zurückzuerobern. Mit Hilfe der bewaffneten Macht wurde der Staatspräsident Leguia und das Ministerium abgesetzt und an seine Stelle der General Santa Serra mit der Regierung beauftragt.

In Argentinien nutzte man die Empörung der Bevölkerung zum Sturz der Regierung Frigolo aus. Als Antwort auf den Regierungsturz in Peru setzte der amerikanische Imperialismus, vertreten durch eine militärische Clique, an deren Spitze General Uruburu steht, die Absetzung der Regierung Frigolo durch. Interessant ist der Umstand, daß der abgesetzte Autokrat und Diktator Frigolo bereits zum zweiten Male Präsident von Argentinien war. Das erstemal seit 1916. Er machte sich 1919 durch blutiges Abwürgen der Arbeiterbewegung berühmt.

Vor den letzten Wahlen 1928 organisierten Frigolo-Anhänger in der radikalen Partei eine Opposition gegen die Konservativen, die die Regierung dem amerikanischen Petroleumimperialismus und gegen die Privilegien, die sie den Grundbesitzern verliehen hatte. Auf solche Weise gelang es 1928 den Radikalen noch einmal, die Massen zu täuschen und Frigolo als Diktator auf den Präsidentenstuhl zu setzen.

Der jetzige Aufstand ist voll gelungen. Uruburu ist mit Hilfe des amerikanischen Imperialismus Diktator geworden.

Die ersten Taten des neuen militär-faschistischen Regimes stellten darauf hinaus, in Buenos-Aires und Rosario sowie anderen Städten Arbeiter abzuschießen, die weiter nichts getan hatten als Flugblätter verteilt, in denen zum Generalstreik aufgefordert wurde. Die Faschisten führten die seit langem abgeschaffte Todesstrafe wieder ein.

Die Lage der armen Bevölkerung, der Arbeiter, Bauern und Kleinbürger, hat sich durch die jetzigen Revolutionen in nichts verbessert. Jede wirkliche revolutionäre Erhebung wird mit einem maßlosen weißen Terror verfolgt.

Die kommunistische Partei mobilisiert die breiten Arbeitermassen gegen die neuen Agenten des Imperialismus genau so wie gegen die gestürzten für die Befreiung der Arbeiterklasse.

Der Kommunismus schafft sich Bahn in Lateinamerika in Form der antimperialistischen Bewegung für die Diktatur der Arbeiterklasse. Diese Bewegung läßt die Bourgeoisie erzittern. Lateinamerika will nicht länger unterdrückt sein, will nicht länger das Joch des nationalen und ausländischen Kapitalismus tragen. Die revolutionären Massen, geführt durch die K.P., fordern soziale und nationale Befreiung, fordern eine Lateinamerika-Sowjetrepublik.

Paul Borodis (Rio de Janeiro).

## Straßenkämpfe in Bilbao

Die spanischen Arbeiter im Kampf gegen Faschismus und Polizeiterrror

Madrid, 7. Oktober. Am Montag und Dienstag kam es in Bilbao erneut zu schweren Straßenkämpfen, bei denen zehn Tote und zehn Schwerverletzte, darunter mehrere Polizisten, gezählt wurden. Gegen die Arbeiter wurde Militär mit Maschinengewehren eingesetzt.

Die Arbeiterchaft verbarzt geschlossen im Generalstreik, der am Sonnabend aus Protest gegen den Monarchistenputsch ausgeschrieben ist. In der Provinz haben sich zahlreiche Betriebe dem Streik angeschlossen.

## Es gärt in Macdonalds Kriegsflotte

London, 7. Oktober. Auf dem englischen Schlachtschiff „Revenant“ hat sich in der Nähe von Nizza eine schwere Meuterei ereignet. Die Rebellion der Matrosen setzte ein,

nachdem alle ihre Beschwerden über schlechtes Essen und brutale Behandlung durch die Offiziere ohne Erfolg blieben.

Als der Kapitän des Schlachtschiffes in Nizza an Land ging, wurde er von allen Matrosen ausgepfiffen. 40 bewaffnete Matrosen weigerten sich wieder an Bord zu gehen. Die vom Schiffskommandanten alarmierte französische Polizei verhaftete daraufhin die 40 Matrosen und brachte sie an Bord, wo sie gefangen gesetzt wurden. Zwei Matrosen sind desertiert.

## Die imperialistische Balkankonferenz eröffnet

Athen, 6. Oktober. Heute wurde die erste imperialistische Balkankonferenz, deren Aufgabe die Organisation des wirtschaftlichen und militärischen Krieges gegen die Sowjetunion ist, eröffnet. Auf ihr ist Albanien durch 10, Bulgarien durch 11, Griechenland durch 30, Rumänien durch 30, die Türkei durch 10 und Jugoslawien durch 7 Delegierte vertreten. Benizelos führte aus, er freue sich, die Vertreter aller Balkanstaaten hier vereinigt zu sehen, um die Wege der Annäherung zu finden.



(Gedächtnis der Internationaler Arbeiter-Union, Berlin.)

## 8. Fortsetzung

Hinter der Belegschaft Friedrichs-Ernekte wand sich die hoch in die Göltingstraße hinein Zug um Zug. Überausende standen außerdem noch auf dem Platz, der nicht leer werden wollte.

„Man müßte doch glauben, daß wir mit der Masse die ganze Polizei, mit all ihrem Krampf, in die Tasche stecken können!“ sagte Fritz Raup zu dem kauernden Franz.

Der nickte. Er las die Zeitungen auf den Laternen der vorbeiziehenden Abteilungen. Da waren die von Jechu „Graf Reuß“, von „Matthias Stinnes“, aus einem halben Dutzend Alttestamenten Schächte. Schacht „Königin Elisabeth“, Schacht „Hubert“, von der Jechu „Joachim“ aus Kraz, Steele, Karnap, die Belegschaften der Schächte „Helene Amalie“, „Wolfsbunt“, „Karl-Ludwig-Magnus“, „Samstag“, „Dahlbühl“. Die Schmelzer, Wolger, die Kesselschmiede und Kleber, die Lokomotivbauer von Krupp. Zahllose Klein- und Großbetriebe. Eisenbahnen und Straßenbahnen. Frauenabteilungen mit mutigen Gesichtern, improvisierten Fahnen im Zuge, rote Kopftücher auf.

Als hätte alle ein mächtiger Orkan aufgeweht, aus dem Gemauer ihrer Fabriken und Erdtiefen emporgeschleudert, hinausgeschleudert. So fanden sie, kampftun ungebildet den gekleinerten Straßenboden. So marschierten sie unter kauernden Hochrufen und revolutionärem Gesang.

Run ging es endlich durch. Flott weg. Durch die Viehhofer- in die Kettwiger Straße. Am Hauptbahnhof vorbei in die

Hauptallee, hinauf bis zur Klarstraße. Die Zweigertstraße hinunter bis zum Polizeipräsidium. Durch das Viertel der besseren Bürger hindurch, die mit blauen Gesichtern aus den Fenstern ihrer Villen auf die Demonstranten heruntersehen.

In allen Fenstern des Polizeipräsidiums, das durch eine Kette schwerbewaffneter Grüns abgeriegelt war, konnte man Uniformen sehen. Hoch oben im Dach, in den Türmen des Landgerichtsbauwerkes waren Maschinengewehre aufgebaut, dahinter die Bedienungsmannschaften, schußbereit.

„Stehle, da sind sie!“ „Doch sie noch nicht rücken!“ „Augen voll hat trocken die Polizeikette; die Fenster. Häute erhaben sich drohend. Stimmen wurden laut. „Warum geht ihr hier? Was wollt ihr? Warum die Gewehre?“

Ein Ruf überschrie den anderen. „Geht zum Teufel, wir brauchen euch nicht!“ „Wenn ihr für uns seid, warum habt ihr dann die Rinnriemen unten?“

Die Gesichter unter den Stahlhelmen verfärbten sich. Fremde, dummblickende Gesichter, gutgenährt, frisch von der Handluft. Bauernjungen.

Dahinter die Offiziere. Schmiltsige Leutnants, schlank in den Hüften, den Browning in der Hand. „Das sind die Richtigen!“ rief ein Arbeiter.

„Disziplin, Genossen! Ruhe und Ordnung, Genossen!“ Das war der Schlag der Redner auf dem Gerlingsplatz. Nur der Spartakus-Mann hatte gesagt:

„Mit waffenlosen Händen sind wir trotz der Hunderttausende nichts! Doch stehen sie nicht, Genossen! Aber wie lange noch?“ Born kratzte ein Schuß. Und noch einer. Die Marschierenden prallten aufeinander. Fluchten. „Was ist los, zum Donnerkeil?“ Born kratzte eine Gewehrhalbe.

Zurück! Drängen und Stoßen. Frauengeheul: „Die Grünen stehen! Sie stehen auf uns!“

Schuh um Schuh. Der Menschenstrom brandete zurück in die rückliegenden Straßen. Hinterher die Polizeikette

6.

Am nächsten Tage. Franz suchte Fritz Raup, mit dem er sich auf dem Viehhofer Platz verabredet hatte. Der war schon in der Maschinenstraße auf dem Parteibüro. Der Parteileitende hatte beim Polizeipräsidium telefonisch angefragt, warum die Grünen geschlossen hatten. Er legte Protest ein.

„Wir sind neutral“, wurde ihm höhnisch genantworte, „wir greifen nur in äußersten Fällen ein, um die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten!“

Am Nachmittag lief das Demonstrationsverbot ein. Raubinger, der Sekretär, war kopflos. Auch die anderen mußten keinen Mut. Trotzdem aus Wetter die Wiedlung kam, daß man das Korps Völkischlag entwarfne hatte.

„Wollt ihr denn nichts unternehmen?“ fragte Fritz Raup unwillig. „Worgen treiben sie uns mit den Knarren in die Bettelbude!“

„So schlimm ist's noch nicht! Warte ab!“ sagte Raubinger. Hoch in Wut trat Raup den Franz auf dem Viehhofer Platz an.

„Die Rapp-Regierung soll abgedankt haben!“ rief ihm der entgegen.

„Was hört uns die?“ „Dann ist wieder die alte dran!“

„Wir kämpfen weder für die eine noch für die andere. Beides ein Dreck! Ob die oder jene, der Arbeiter bleibt ein Schleppochel!“

Franz merkte, daß Raup etwas wurmte. „Was ist denn mit dir los?“

„Wenn die Karre schief läuft, dann haben wir's den Schlappmicheln in der Maschinenstraße zu verdanken. Die stehen förmlich an denen in der Grabenstraße. Red' denen nur nicht von Waffen, dann kriegen sie die Box schon voll!“

Franz mußte herzhaft lachen. Sein Lachen streifte den ärgerlichen Raup an.

„Mensch, zum Kagen ist's! Was die nur immer von Diktatur des Proletariats quasseln, wenn ihnen schon vor der Forderung nach Gewehren grauselt!“

Auf dem Viehhofer Platz und in den Straßenmündungen drängten sich Menschenhaufen. „Das Rathaus haben die verfluchten Hunde abgesperrt! — Überall stehen Maschinengewehre!“

Sie quetschten sich durch die Menge und versuchten, in die Viehhofer Straße zu kommen. — Dort tobte der Lärm. Männer fluchten und schützten zurück. Frauen kreischten und ließen, von trachenden Detonationen erschreckt, in die Nebenstraßen und Losen einflüchten hinein.

(Fortsetzung folgt.)



Freital-Poischappel

Oskar Häbner Fernsprecher 369 Polnkost Untere Dresden Str. 46 Fische Konserven

Haus- und Küchengeräte Robert Luft Untere Dresden Str. 90

Kohlschütter Curt Siering Untere Dresden Straße 151

Hirsch- und Wurstwaren Hermann Wagner Untere Dresden Str. 27

Hempels Bier- und Speiserestaurant Stehbrunn Untere Dresden Str. 73

Damen-Grüßer-Salon Marg. Keiner, Colchüher Str. 30

Hirsch- und Wurstwaren Hermann Meißner, Burgwarstraße 5

Malermeister Hugo Götzler Kohlschüler Straße 2

Mag. Schacht, Colchüher Str. 49

Café u. Restaurant "Bürger-Kaffee" Untere Dresden Straße 74

Richard Horn Unt. Dresden Str. 97 Haus- und Küchengeräte

Schuhhaus Fißler Untere Dresden Straße 106

H. Schwenzer, Lederhandlung, Steinfeld 1 Untere Dresden Str. 64, Lederwaren Mitglied des Reichsverbandes

Bannwitz Wurst- und Fleischerei, Mag. Kirßen, Hauptstraße 68

Schuhhaus Köntig, Eig. Meißner, Joh. Koch, Hauptstraße 7

Hilma Roth, Hauptstraße 9 Manufakturwaren

Zigarrenspezialgeschäft, Br. H. H. H. H., Hauptstraße 47

Schuhhaus Bannwitz, Hauptstr. 30

Louis Schöffler, Hauptstraße 52

Hilma Roth, Hauptstraße 10

Kolonialwaren - Geschäft, Kurt Wolf, Bergstraße 5

Georg Schäfer, Fleischerei, Hauptstraße 36

Brand-Erbisdorf Brot, Weiß- und Feinbäckerei, Georg Seifert, Dorfstraße 78

Grün- und Milchwarengeschäft, Paul Greßmann, Hauptstraße 89

Weiß- und Feinbäckerei, Paul Hade, Hauptstraße 81c

Brot, Weiß- und Feinbäckerei, Oskar Schramm, Neues Kuppenberg

Brot- und Feinbäckerei, Mag. Bueckhardt, Hauptstraße 106

Kolonialwaren und Delikatessen, Fritz Lange, Hauptstraße 80e

Hamburger Kaffee-Lager, Hauptstraße 102

Brot, Weiß- und Feinbäckerei, Otto Lehmann, Hauptstraße 184

Lebensmittel, Bruno Liebföhrer, Dorfstraße 7c

Motor- und Fahrräder sowie alle Reparaturen, Friedrich, Kl. 1, 2 u. 3b

Schörghofer & Weber, Joh. Kurt Meier, Hauptstr. 102d

Beacht die Astoria-Lichtspiele

Das Silbermann, Haupt- u. Zerstückerlei Untere Dresden Straße 12 und 77

Paul Hermann, Unt. Dresden Str. 83 Manufakturwaren Damen- und Kinderkostüme

Hnulik das führende Herren-Moden-Haus Gegenüber der Hofmühle 5 Prozent Rabatt

Carl Paul Inhaber Walter Baer Untere Dresden Straße 56 Manufaktur- und Modewaren

Otto Keiner, Malermeister Untere Dresden Straße 30, L. Gartenbaubetrieb Blumen- und Pflanzenverkauf S. J. J. J., Wilsdruffer Straße

Gustav Döring Steinkohlen, Briketts, Kartoffeln, Torfmüll sämtl. Futtermittel Am Bahnhof 4

Landchaftsgüter und Dekoration Oswald Wisner Hauptstraße 27

Fleisch- und Wurstwaren Ernst Schöne, Hauptstraße 60

Paul Wenzel, Wilsdruffer Str. 34 Lebensmittel - 5 Prozent Rabatt

Felix Petzold Markt 35 Manufaktur-, Modewaren, Konfektion

Rabenu Restaurant Sängerein, Hauptstraße 2

Weiß- und Feinbäckerei Max Burkert Bismarckstraße 8

Stadt-Drogerie Rabenu Arthur Heintich Fernruf Freital 780

Freiberg Fahrräder, Nähmaschinen, Wringmaschinen und Spielwaren Winter, Erblichstr. 23

Dippoldswalde Kolonial- und Grünwaren S. H. H. H., Hauptstraße 100

Holz- und Kohlenhandlung W. Köhler, Oberstraße 144

Kohlen- und Beifahrerhandlung Richard Zimmermann, Hauptstraße 30

Schwab Alwin, Oberstraße 147

Albert Baermann, Schulstraße

Sand, Lebensmittel fauft man gut u. billig bei Bruno Hermann, Eisenberg Straße 172

Mohr Hans Marthner, Kirchplatz 131

Lausa LINDENHOF Vertretung der Arbeiterschaft @ 5 Minuten v. Rod u. Endstation der Linie 7 @ Joh. A. Gabler

Gasthof zum Heiteren Blick Angenehmer Aufenthaltsort mit Garten M. Pretzsch

Heide-Drogerie empfängt Hasen, Vögel und Fische S. J. J. J., Königsbrunn Straße 60

Klotzsche Brot- und Feinbäckerei E. Wirths Nachf. E. Hartig Hauptstraße 53

Kohlenhandlung Georg Groß Hauptstr. 12

Freital-Döhlen

Gärtnerei Erika Riebold Obere Dresden Straße 54

Central-Apotheke Homöopathie, Homöopathie, Biochemie

Freital-Zauderode Schuh- und Filzwaren Max Siebel, Wilsdruffer Straße 90

Café Zimmermann H. Radmann und Getränke Wilsdruffer Straße 128

Hausfleischerei Fleisch- u. Wurstwaren, Produkten u. Grünwaren Edmund Schneider Wilsdruffer Straße 71

Reinh. Weber Textil- u. Wollwaren Wilsdruffer Str. 130

Gittersee Schnitt- und Weißwaren Marie Kaumann, Dresden Str. 86

Bäckerei und Konditorei Th. Fuhrmann, Dresden Str. 63

Eulen-Apotheke Gittersee Fernsprecher Dresden 41014 Felix Heyrodt

Hainsberg Kohlen - Holz - Briketts Hugo Hänssgen, Dresden Str. 25

Uhrmacher Max Klopfer Pinner Landstraße 152

Friedrich Kleemann Samen, Futtermittel, Gartengeräte, Düngemittel Pinner Landstr. 153

Brot, Weiß- und Feinbäckerei August Röhler, Diefelstraße 35

Herm. Birbaum, Stephensonstr. 29

Goldhäger Höhe, Ausflugstafel, Herbergsfeldstraße und zwei Vereinszimmer

Polk, Weber, Steinwaren, Herrensartikel, Tricotagen E. H. H. H., Wilsdruffer Straße 4

Lebensmittel, Molkereiprodukte Robert Klemm, Wilsdruffer Straße 24

Herrenkonfektion, Arbeiterbekleidung W. Kahle Karlsruher Straße 50

Feinbäckerei Olga verm. Franke Am Golden Stein 21

Brot, Weiß- und Feinbäckerei Richard Burdhardt Wainiger Straße 8

Damen-Grüßer-Salon E. verw. Nawratil Gebauer, Ecke Kinderhortstraße

Kolonialwaren, Paul Spemann 6 Str. Kobalt

Blumenhalle Paul Langsd. Hauptstraße 1

Kolonial- und Grünwaren Mag. K. H. H. H., Wilsdruffer

Motor- und Fahrräder, Reparaturwerkstatt, O. D. D. D., Hauptstraße 3

Flachwaren, Feinkost Emil Uhlmann Wilsdrufferstraße 4

Reserviert

Möbelwerkstätte Fritz Behner, Pinner Str. 8

Erste Radeberger Markthalle G. Schmidt, Pinner Straße 41

Herren- u. Damen-Konfektion, Schuhwaren Paul Weichler, Neue Straße 11

Konfektionshaus Rudolf Lederer Hauptstraße 45

Woll- und Textilwaren sowie Arbeitskleidung aller Art von Armin Seidel, Markt 15

Schuhhaus Weder Des Velle und Filz in Neu-Schubwaren und Reparaturen - Hauptstraße 54

Möbelwerkstätten Otto Görner & Söhne Wilsdrufferstraße 50/21

Freital-Deuben

Brot, Weiß- u. Feinbäckerei Meißner, Hauptstraße 19

Freitaler-Hof Gast- und Speisewirtschaft Billige Speisen und Getränke Paul Tübel, Güterstraße 1

Restauration Alte Post Gesellschaftsraum - Vereinszimmer Mozartstraße 3

Brot, Weiß- und Feinbäckerei Paul Tübel, W. des Weiberg 6

Meierei-Genossenschaft in 2000 Freital in 2000 Tübel, frühere Milch, Butter, Eier u. Käse

Familien- und Garten-Restaurant Weiches Roh, Poststraße 34

Freital-Wurgwitz Gasthof Wurgwitz jeden Sonntag feiner Ball

Osw. Schulze & Co., Hauptstr. 7 Fahrrad- u. Nähmaschinenhandlung

Hansberg Fleisch- u. Wurstwaren HANSLOTZE Fleischermäster Dresden Straße 2

Dresden-Luben Uhrmacher Max Klopfer Pinner Landstraße 152

Friedrich Kleemann Samen, Futtermittel, Gartengeräte, Düngemittel Pinner Landstr. 153

Brot, Weiß- und Feinbäckerei August Röhler, Diefelstraße 35

Herm. Birbaum, Stephensonstr. 29

Goldhäger Höhe, Ausflugstafel, Herbergsfeldstraße und zwei Vereinszimmer

Polk, Weber, Steinwaren, Herrensartikel, Tricotagen E. H. H. H., Wilsdruffer Straße 4

Lebensmittel, Molkereiprodukte Robert Klemm, Wilsdruffer Straße 24

Herrenkonfektion, Arbeiterbekleidung W. Kahle Karlsruher Straße 50

Feinbäckerei Olga verm. Franke Am Golden Stein 21

Brot, Weiß- und Feinbäckerei Richard Burdhardt Wainiger Straße 8

Damen-Grüßer-Salon E. verw. Nawratil Gebauer, Ecke Kinderhortstraße

Kolonialwaren, Paul Spemann 6 Str. Kobalt

Blumenhalle Paul Langsd. Hauptstraße 1

Kolonial- und Grünwaren Mag. K. H. H. H., Wilsdruffer

Motor- und Fahrräder, Reparaturwerkstatt, O. D. D. D., Hauptstraße 3

Flachwaren, Feinkost Emil Uhlmann Wilsdrufferstraße 4

Reserviert

Möbelwerkstätte Fritz Behner, Pinner Str. 8

Erste Radeberger Markthalle G. Schmidt, Pinner Straße 41

Herren- u. Damen-Konfektion, Schuhwaren Paul Weichler, Neue Straße 11

Konfektionshaus Rudolf Lederer Hauptstraße 45

Woll- und Textilwaren sowie Arbeitskleidung aller Art von Armin Seidel, Markt 15

Schuhhaus Weder Des Velle und Filz in Neu-Schubwaren und Reparaturen - Hauptstraße 54

Möbelwerkstätten Otto Görner & Söhne Wilsdrufferstraße 50/21

Cobmannsdorf

B.C. Ballfale Cobmannsdorf

Kolonial- und Grünwaren Aignes Artitus Rabenauer Straße 2

Kolonial- und Milchwaren Otto Kensch, Hauptstraße 13

Otto Hennig, Bäckerei Weibergstraße 9

Schnitt-, Weiß- und Wollwaren Arbeiterkleidung Helena verm. Börner Steingasse 7, L.

Grün- und Fischwaren Joh. Hugo Kamisch, Hauptstr. 32b

Holz- und Kohlenhandlung Paul Richter, Hauptstraße

Feine Fleisch- und Wurstwaren Paul Mühlbach, Hauptstraße 12

Gärtnerei-Schnittblumen August Kiegele Weibergstraße 6

Freital-Burgh Kolonialwaren, hausschlacht. Fleisch- und Wurstwaren Paul Mühlstädt Hauptstr. 116

Kemnitz-Steitzsch Ehr. Augustin, Weiberg Landstr. 80

Wilfried Wühle, Hienaburger Str. 24

Paul Trensch, Brückenstraße 17

Arthur Koller, Hienaburger Straße 35

Bad und Restaurant zur Erholung Kur- und Bäderbäder Brückenstraße 7

Bahnhof-Drogerie, Meißner Landstr. 80

Willi Schölzel Brot- und Feinbäckerei Podemus-, Ecke Meißner Landstraße

Edwin Lehmann Holz- und Kohlen-Handlung Altsteintsch Nr. 7

Josef Hartig Meißner Landstraße 66

Kreischa Franz Köhler, W. des Weiberg 42b

Motor- u. Fahrräder, Reparaturwerkstatt Wilfried Forter, Hauptstr. 107 b

Schuhhaus Clemens Winkler Rathenaustraße 1

Textilhaus W. König Hauptstraße 19

Fleischerei M. Meißner Hauptstraße 21

Radio Paul Hauptstraße 12

Textilwarenlager von Bruno Richter Stolpener Straße 7

Warenhaus Ikenberg Hauptstraße 34

Radeberg-Großberkmannsdorf Anzüge sowie Arbeitskleidung aller Art für Arbeiter und Angestellte

Theodor Max Müller



Skandal im Rathaus heißt:

Die Bühler, Kösch und Co. stehen beim Klassenfeind!

Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen den betrügerischen Führern mehr auf die Hände, statt auf den Mund schauen! / SPD-Massenversammlungen, das bedeutet neuen Betrug an den SPD-Arbeitern! / Laßt euch nicht betrügen, sondern kämpft mit uns!

Die Sozialdemokratische Partei hat für heute abend drei öffentliche Versammlungen einberufen, in der die Stadtverordneten Franke, Kösch, Finsterbusch, Stadtrat Friedrichs und Bürgermeister Dr. Bühler das geheimnisvolle Thema „Skandal im Rathaus“ behandeln sollen. Was ist das für ein Skandal, der heute abend im Mittelpunkt der Referate der arbeitgeberfeindlichen SPD-Bonzen stehen wird? Die Beantwortung dieser Frage ist leicht.

SPD-Bürokraten stehen überall gegen die Interessen der Arbeiter!

Ebenso wie im Reich und in den Ländern, ist die sozialdemokratische Bürokratie in den Gemeinden die wichtigste Helferin der Truttbourgeoisie bei der Durchführung reaktionärer Pläne gegen die werktätige Klasse. Die Sozialdemokratie stellte der herrschenden Klasse, der Klasse der kapitalistischen Ausbeuter und Blutlunger, die Minister, Polizeipräsidenten, die blutbefleckte arbeitgeberfeindliche Kamaxilla von Kösch über Severing bis zu dem Organisator des Wahlbundes Jörgel zur Verfügung.

Die Aufgabe der sozialdemokratischen Bürokratie ist es, auch in den Gemeinden nicht die Interessen der Arbeitenden, sondern die Interessen der Besitzenden zu vertreten. Einer dieser Leute, einer der die Interessen der Besitzenden mit rücksichtsloser Brutalität vertritt, ist der Dresdner sozialdemokratische Bürgermeister Dr. Bühler. Daraus verlieden die Sozialdemokratische Partei und ihre Presse aus begrifflichen Gründen abzuweichen, ja, sie verlieden, das arbeitgeberfeindliche Wirken des sozialdemokratischen Spardiktators in das Gegenteil umzuwandeln!

Die Volkszeitung belügt die Arbeiter!

Das will den sozialdemokratischen Arbeiterbetrügern leicht gelingen. Die Vögelzeitung der Dresdner Volkszeitung reicht nicht mehr dazu aus, die wachsende Mißgunst in den Reihen der sozialdemokratischen Arbeiter zu beschönigen. Besonders das erbärmliche Spiel der SPD-Fraktion mit dem vor der Reichstagswahl einbrechenden Apitationsantrag „für“ die Erwerbslosen und die von Bühler vorgeschlagenen Abträge an den sozialen Kapitalen des Dresdner Haushaltes, der auf Kosten der wertvollsten Einwohner von Bühler balanciert wird, ist Ursache einer wachsenden Mißgunst der sozialdemokratischen Arbeiter, die in mehreren Gruppen dieser Mißgunst in sehr aggressiver Form Ausdruck gegeben haben.

Neue Methoden sozialdemokratischen Arbeiterbetrugs werden angewendet!

Nichts anderes bedeutet deshalb diese von den sozialdemokratischen Bürokraten organisierten Versammlungen als den Versuch, den Skandal der sozialdemokratischen Zusammenarbeit mit den Vertretern der Bourgeoisie im Dresdner Rathaus zu vertuschen, zu bemänteln und dem Willen der sozialdemokratischen Arbeiter wieder einmal (und diesmal mit einer neuen Methode!) Sand über das Treiben der Kösch, Bühler und Co. in die Augen zu streuen.

Was werden die sozialdemokratischen Betrüger heute abend den Arbeitern erzählen? Werden sie ihre arbeitgeberfeindlichen Schandratsen ins Licht der Öffentlichkeit und ehrlich in den Bereich der Kritik der sozialdemokratischen Arbeiter rufen? Werden sie zugeben, daß sie auch in der Gemeinde die Helfershelfer der Truttbourgeoisie bei der Durchführung arbeitgeberfeindlicher Anschläge sind?

5 Fragen an die SPD-Arbeiter

- 1. Wird ein Bürgermeister Bühler zugeben, daß er die treibende Kraft bei der Verschönerung der häßlichen Sträßchen an das Privatkapital war?
2. Wird ein Kösch zugeben, daß er und seine Fraktion die Verschönerung der häßlichen Sträßchen gebildet und gefördert haben, weil für einige sozialdemokratische Bonzen ein einträglicher Flecken ein Paradiesbaldewin war?
3. Wird ein Franke zugeben, daß die Verschönerung in den Verkehrsverhältnissen bei der ehemals häßlichen und jetzt Straßenschnur als Folge der Verschönerung an das Privatkapital auf das Schuldkonto der sozialdemokratischen „Arbeitervertreter“ zu buchen ist?
4. Wird ein Bürgermeister Bühler, dessen Einkommen sich auf Zehntausende von Mark beläuft, heute abend erklären, daß er den Wohlhabenderen Erwerbslosen künftig tarifmäßige Löhne zu zahlen gedenkt?

Was in Dresden gebaut wird!

Goliplätze für die kapitalistischen Dickhäute, aber keine Spielplätze für Arbeitertinder!

Die Wahrnehmung der Klasseninteressen der Bourgeoisie, die Wahrnehmung der ausbeutenden Minderheit durch die Vertreter der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie treibt die tollsten Blüten - auch in Dresden.

Da ist jetzt bekannt geworden, daß das jüdische Finanzministerium beabsichtigt dem schwerkapitalistischen Dresdner Golfklub im Fortcenter 28 am Weißen Hirsch etwa 60 Hektar der Dresdner Heide zur Anlage eines umzäunten Golfspielfeldes mit Autozufahrtsweg und Parkplatz pachtweise zu überlassen und späterhin noch weiteres anschließendes Waldgelände zur Verfügung zu stellen.

Der Rat zu Dresden den die Stadtverordneten um Auskunft in dieser Angelegenheit erfragen, weiß daraufhin nur noch der Art: „Was wir tun, das ist möglich!“ zu antworten. Dresden ist die einzige deutsche Großstadt ohne Golfsplatz. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die 7 Millionen amerikanischer Golfspieler und die mehrere Millionen umfliegende Golfclubs Englands in erster Linie dorthin reisen würden, wo eine Golfsplatzanlage besteht (!!). Im Interesse des Dresdner Fremdenverkehrs sei deswegen das Vorhaben des Golfklubs von der Stadtverwaltung unterstützt worden. Der in Frage kommende Platz in der Dresdner Heide ist der am wenigsten von Ausflüglern benutzte Teil, und durch die Anlage werde „nur“ ein größerer Weg

Wird ein Finsterbusch heute abend zugeben, daß auch er wie sein Parteigenosse Bühler nichts gegen die proletarische Klassenmoral darin fauen, mit einem Jahresgehalt von 20 000 Mark als Personalreferent bei einer der AG einzutreten und so den Sold für den sorgfältigen Arbeiterverrat nach für die Verschönerung der Betriebe in Empfang zu nehmen?

Wir könnten nach mehr solcher Fragen stellen, aber: Sie sind unaufrichtig gestellt. Keiner der sozialdemokratischen Referenten wird sie beantworten. Dafür werden sie alle mit selbigelegter Redeposition von ihrem „Kampf um das Wohl der Arbeiter“ erzählen und wohl „aufregende Tätigkeit“ in gegen die bürgerlichen Vertreter und die bösen Kommunisten „im Interesse der arbeitenden Klasse und des Sozialismus“ (vielleicht sogar der proletarischen Revolution) sie da auszuüben haben.

Hoffnungslos ist die sozialdemokratische Bürokratie mit der herrschenden Klasse verknüpft! Und diese Tatsache dürfte ihnen ihr Handeln noch tiefer hinter ihnen Tausende von ehrlichen sozialdemokratischen Arbeitern die die Ideale noch nicht von der Tat zu unterscheiden vermögen. Aber die Arbeiter stehen nicht fest zu den Betrügern! Sie bröckeln ab, weil die Macht

unserer Argumente härter ist als die Vögelzeitung des Blattes am Bettendorferplatz. Wir wenden uns nicht an die Kösch, Bühler, Franke und Co. mit uns zu marschieren. Wir wissen, sie gehen in jeder Situation mit dem Klassenfeind gegen das Proletariat!

Aber eine Aufgabe stellen wir uns: die sozialdemokratischen Arbeiter von dem verderblichen Einfluß dieser Führer zu lösen und in die proletarische Kampffront, in die Front der Klassenkämpfer für ein Sowjetdeutschland einzureihen! Und daß wir dieser unserer Aufgabe schon um ein bißchen näher gekommen sind, dabei sind, ist zu sehen, dafür ist dieses Wandern der Kösch u. Co. „Skandal im Rathaus“, der treffendste Beweis.

Jetzt ist es doch, wie notwendig von den sozialdemokratischen Bürokraten jetzt inetraktabile Phrasen erachtet werden, um die Arbeiter bei der Stange zu halten. Die sozialdemokratischen Arbeiter werden sich über kurz oder lang entscheiden müssen. Und sie werden sich dabei von dem demagogischen Geschrei der Kösch und Finsterbusch nicht betören lassen. Die Fronten sind klar!

Hallo! Ihr Bonzen Kösch und Finsterbusch!

Keine leeren Redereien! Wo bleibt die Hilfe für die Erwerbslosen?

Wir möchten in aller Sachlichkeit feststellen: die Kommunisten wissen ganz genau, daß die Einberufung des Ausschusses Sache des Oberbürgermeisters ist. Wir können den Bonzen aber verraten, daß inzwischen von den einzelnen Komitern bereits die erforderliche Vorarbeit geleistet wird, und daß der Ausschuss in den nächsten Tagen zusammentritt. Damit ist die kommunistische Seitenblase wieder einmal zerplatzt.

So leben wir in der Dresdner Volkszeitung. Wie sind die Herren Sozialdemokraten schon so weit von uns in die Enge getrieben worden, daß sie sich hinter den Oberbürgermeister Bühler und seine Untauglichkeit verziehen müssen.

Es sieht nicht danach aus als ob die SPD-Bonzen Kösch, Finsterbusch und Co. von ihrem Apitationsantrag bekehrer sind, dessen Verwirklichung ihnen so große Furchtschmerzen macht.

Sozialdemokratische Arbeiter! Stärkste Aufmerksamkeit dem Laus der Kösch, Finsterbusch, Franke und wie die wohlgewährten Herren alle heissen mögen.

Sozialdemokratische Erwerbslose! Eure „Helfer“ heden im Fraktionszimmer den Verrat an euch aus! Aufgehört! Schaut den Betrügern auf die Finger und nicht auf das Maul, aus dem wohlmeinende Worte tonen, um den Verrat an euch zu bemänteln!

Herr Bürgermeister Dr. Bühler!

Wollen Sie Arbeitervertreter genannt sein?

Herr Bürgermeister! Die Dresdner Volkszeitung bricht für Sie eine Lanze und verurteilt, Sie mit dem Glanzschein des einzig wahren Vertreters der Werktätigen zu umgeben.

Noch nie hat ein sozialdemokratischer Zeilenhändler eine erbärmlichere Arbeit geleistet, als mit diesen 19 Zeilen Verteidigung Ihrer Politik, die die Politik der Bankhagener und des Truttkapitals ist! Die „geordnete Finanzwirtschaft“, die Sie nach der Volkszeitung betreiben müssen, bringt den Erwerbslosen nicht Brot - sondern Not!

Die „geordnete Finanzwirtschaft“, die Ihnen die Volkszeitung andichtet, bringt dem Truttkapital höhere Profitaraten, der Bourgeoisie also neue Möglichkeiten, ihrer Gemüts- und Verwendungsstucht die Zügel lockern zu lassen!

Ihre Politik, Herr Bürgermeister Bühler, macht die Reichen noch reicher - die Armen noch ärmer! Erleben Sie angedeutet dieser Tatsachen, die jeder denkende Arbeiter begreift, tatsächlich Anspruch darauf, Arbeitervertreter genannt zu werden?

Antworten Sie!

So baut die Sowjetunion den Sozialismus auf:

Befreiung der Frau von Küche und Kochtopf

Familienleben und Wohnungen ohne Küchen in der Sowjetunion

Bei uns heißt dem Begriffe „Gemeinschaftsküche“ etwas Ähnliches an; man denkt dabei an Volkshäuser, Wohlfühlstätten, Einrichtungen oder gar an Kriegerkassen. In der Sowjetunion ist das Küchenleben - von dem allerdings kaum noch viel übrig geblieben ist. Auch über dieses Überbleibsel aus patriarchalischen Zeiten heißt es ernstlich nachzudenken, denn in allen Haushalten, wo Mann und Frau im Erwerblichen stehen und womöglich noch Sohn und Tochter ist die Zubereitung der Speisen im Heim mit dem allergrößten Schweregrad verbunden. Die geborgte Frau muß dann meistens nach ihrer Berufsarbeit auch noch die Küche belegen, also doppelte Arbeit verrichten.

Das Sowjetvolk, das auf den mannigfaltigen Gebieten des Lebens neuartige Lösungen findet, verliert nun auch diese Frage zu lösen. Der Frau heben heute überall, am meisten aber in der Sowjetunion, alle Hände offen. Wie aber soll ihre völlige Gleichstellung mit dem Manne Wirklichkeit werden, solange sie genötigt ist, neben ihrer Berufstätigkeit nach althergebrachter Sitte auch noch Küche zu sein?

Von solchen Gedanken geht die Bewegung aus, die in der Sowjetunion auf die Schaffung großer Gemeinschaftsküchen und Gemeinschaftswohnungen gerichtet ist. Diese Bewegung macht derzeitige Fortschritte, daß die Sowjetfrau voraussichtlich im Verlauf weniger Jahre von den Küchen Sorgen völlig befreit sein wird.

Eine von der Sowjetregierung ins Leben gerufene, von der Öffentlichkeit und den Arbeiterorganisationen aufs eifrigste unterstützte zentrale Organisation, die „Allgemeine Volksernährung“ (Wienarbit), hat es sich zur Aufgabe gestellt, in kürzester Zeit dieses Ziel zu verwirklichen. Das es sich hierbei um sehr reale Möglichkeiten handelt, zeigen am deutlichsten die großen Summen, die die Sowjetregierung zu diesen Zwecken in ihr Budget einrechnet: in den fünf Jahren 1929-1933 werden 1,5 Milliarden Rubel (3 Milliarden Mark) für den Bau von Gemeinschaftsküchen und Speiseanstalten verausgabt. Die bisher geschaffenen Anstalten liefern täglich nur rund 2 Millionen Mahlzeiten, bis 1933 aber ist die tägliche Lieferung von etwa 18 Millionen Mahlzeiten vorgesehen, was soviel bedeutet, daß zu diesem Zeitpunkt bereits drei Viertel der Arbeiterklasse, die Hälfte ihrer Familienangehörigen und etwa ein Drittel der Angestellten ihre Hauptmahlzeiten in solchen Anstalten einnehmen können. In weiteren fünf Jahren, bis 1938, sollen diese Einrichtungen derart ausgebaut werden, daß sie schon täglich 40 Millionen Mahlzeiten in den Städten und - was im Hinblick auf die rasch fortschreitende Bergwerkschaffung der Landwirtschaft und der Befreiung der Bauernschaft von besonderer Bedeutung ist - ebenfalls Mahlzeiten auf dem Lande zu liefern imstande sind.

Diese Zahlen allein genügen, um die Neuartigkeit und Begeistertheit der Aufgaben vor Augen zu führen. Auch die größten Speiseanstalten Europas können abesehen davon, daß sie nach ganz anderen Gesichtspunkten geordnet sind, nicht als Vorbilder dienen für Küchen, die täglich 50 000 Mahlzeiten zubereiten werden. Diese „Speisefabriken“ erfordern ganz neuartige Kochtöpfe und Küchengeräte ungeheurer nach den Grundsätzen der modernsten Technik und den neuesten Erfahrungen der Ernährungswissenschaft; gebaute Zubereitungs- und Kochmaschinen. Diese „Küchen“ werden mit dem was unsere Hausfrauen unter einer Küche zu verstehen gewohnt sind, nämlich nur nach dem Namen gemein haben.

Ganz neuartig ist auch die Zusammenarbeit dieser Anstalten mit eigens dazu gehörenden Betrieben, die Fleisch, Wurst, Brot, Gemüse usw. liefern.

Ein besonderes Problem ist die Schaffung von Gemeinschaftsküchen in den neu angelegten sozialistischen Städten, das sind neue Siedlungen, die auf Grund der Erfahrungen und der Prinzipien des neuen Gemeinheitslebens nach einheitlichem Plan errichtet werden. In den modernen Arbeiterwohnstätten dieser Städte wird die Küche, die wir uns aus unserer Wohnungs nicht wegdenken können, gänzlich fehlen. Deren Aufgabe übernimmt die gemeinsame Speiseanstalt der Siedlung.

Freital. Wir erklären hiermit, daß der Genoss. Erich Frau Döhlemer Str. 25, mit dem Erich Frau Klusht 8, nicht identisch ist, demzufolge auch mit den Unterschlagungen des letztgenannten nichts zu tun hat.

Stoßbrigaden müssen täglich für die Arbeiterstimme werben!



### Zum Metallarbeiterkampf:

# Warum müssen wir die Forderung von 1,30 Mark Stundenlohn stellen?

(Arbeiterkorrespondenz)

Der Tarifvertragsentwurf der Revolutionären Gewerkschaftsopposition der Metallarbeiter Sachsens muß die volle Unterstützung aller Arbeiter finden. Der Entwurf zeigt uns, wie ein Tarif in der Zeit der verschärften kapitalistischen Rationalisierung aussehen muß und welche Forderungen die Arbeiter im einzelnen zu stellen haben. Viele Kollegen hörte ich sagen, daß die in dem Entwurf aufgestellten Lohnforderungen zu hoch sind. Ich bin anderer Auffassung und halte die Forderung eines Stundenlohnes von 1,30 Mark für gelernte Arbeiter für absolut richtig. Der jetzige Stundenlohn beträgt 86 Pfennig. Nehmen wir dazu 20 Pf. Lohnerhöhung pro Stunde, die absolut gefordert werden müssen, da unser Reallohn in den letzten Jahren, wie selbst bürgerliche Volkswirtschaftler nachweisen, um 27 Prozent gesunken ist. Wir fordern den Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich, d. h. daß der Stundenlohn um den Betrag erhöht werden muß, der den Lohnausfall von der 48- zu der 40-Stunden-Woche darstellt. Nehmen wir den jetzigen Lohn um, so kommen wir zu der Forderung von 1,30 Mark pro Stunde. Auch die Verringerung der einzelnen Lohnklassen auf 2 ist dringend notwendig. Gleiches Lohn für gleiche Arbeit! Daß die reformistische Gewerkschaftsbürokratie die Forderungen der RGO als übertrieben darstellt, darf für die Arbeiter keine Rolle spielen. Die Reformisten haben sich noch nie für Forderungen eingelebt, die den Lebensverhältnissen der Arbeiter gerecht geworden wären. Ja, sie sind jetzt bereit, den Lohnraub, den die Unternehmer fordern, zu sanktionieren. Das geht aus einem Artikel der Dresdner Volkszeitung vom 4. Oktober hervor, wo über die Kämpfungen der Zwickauer Metallarbeiter zum Streit geschrieben wird. Man spricht in diesem Artikel den Mitgliedern des Metallarbeiterverbandes das Recht ab, die Entscheidung über die Lohnfrage zu stellen, und sagt, daß das nur Aufgabe des Vorstandes des DMB, der Bezirksleitungen und der Ortsleitungen sei. Der ganze Verrat der reformistischen Führer aber zeigt sich in folgenden Worten des Artikels:

„Sollte es nicht gelingen, die Differenzpunkte auf dem Wege der Verhandlungen zu beilegen, so wird der Schlichtungsausschuß tätig werden.“

Also Kapitulation vor dem Unternehmer. Annahme des Spruches, den die kapitalistische Schlichtungsmaschinerie den Arbeitern aufzudrücken wird. Seit Monaten führt man uns an der Nase herum. Seit Monaten verhandelt man, und als Resultat erfahren wir immer nur das eine Wort: „verlagt“. Warum verlagt man immer und immer wieder? Es hat zweierlei Gründe. Einmal will man abwarten den Ausgang des Koali-

tionshandels mit Brüning, der Gildgassepartei und der Partei der Schwerindustrie, der Volkspartei. Zum anderen glaubt man, durch die fortwährenden Verhandlungen die Wachsamkeit der Metallarbeiter einzuschälen und sie dann zu überrumpeln. Wir Metallarbeiter, die wir nicht der kommunistischen Partei angehören, die wir parteilos sind, wir stehen hinter den Forderungen der Revolutionären Gewerkschaftsopposition; wir wissen, daß nur die RGO im Bündnis und unter Führung der kommunistischen Partei den Kampf um die Verbesserung unserer Lebenslage führt. Jetzt ist es notwendig, heranzugehen, in den Betrieben die Organe zur Führung des Kampfes zu schaffen. Noch haben wir nur vereinzelt revolutionäre Vertrauensmänner und Betriebsgruppen der RGO. Kein Betrieb aber darf vorhanden sein, wo nicht ein revolutionärer Vertrauensmännerapparat, eine Betriebsgruppe vorhanden ist. Alle wollen wir zusammenarbeiten, ob wir parteilos sind, der SPD oder der RGO angehören; denn wir stehen einem gemeinsamen Feind, dem Kapitalismus, gegenüber. Sehen wir uns Wert und tragen die Forderungen der RGO der Metallarbeiter hinein in die Metallbetriebe, und es wird uns gelingen, die Arbeiter und Arbeiterinnen zum Kampf um diese Forderungen zu mobilisieren.

# Die Verräter an den Eisenbahnern verteidigen ihren Verrat

Am 2. Oktober hielt die DV des Einheitsverbandes der Eisenbahner eine geschlossene Mitgliederversammlung ab, in der zu den „geplanten“ Massenentlassungen und dem Schandabkommen der reformistischen, christlichen und Hirsch-Dunderbergschen Eisenbahnerbürokratie mit Dornmüller Stellung genommen wurde. Sekretär Eller referierte und brachte in der üblichen verlogenen Redensart zum Ausdruck, daß der EGE immer mit seiner ganzen Kraft für die Interessen der Eisenbahner eingetreten sei. Unter Aufwendung seiner ganzen Langenast brachte er zum Ausdruck, daß die EGE-Führung einseitlich der Auffassung sei, daß bei der Reichsbahn auf „keinen Fall“ weitere Entlassungen vorgenommen werden dürfen. Diese Ausführungen bringt auch das Dresdner SPD-Blatt, die Volkszeitung, um einige Sätze später wörtlich zu schreiben:

### Die Beamten gegen Brüning-Raubzug

Die neue Verordnung der Brüning-Regierung, die Beamtengehälter um 6 Prozent zu kürzen, hat in den Reihen der unteren und mittleren Beamten, die von diesem Gehaltsraub aufs Schwerste getroffen werden, eine große Erregung ausgelöst. Auf den in den letzten Tagen stattgefundenen Tagungen der Beamtenverbände wurden Entschlüsse angenommen, die sich gegen Brünings Maßnahmen wenden und die Zurücknahme der Verordnung fordern. Der Verband der Sächsischen Schulpolizei übermittelt der Presse eine Zuschrift, in der es heißt:

„Die Polizeibeamtenschaft ist um so enttäuschter über die Regierungsabsichten, als die zur Schwächung der Reichshilfe feinerzielte in Aussicht gestellte Freilassungsoption bis heute ausbleibt. Gegen die wiederholten Maßnahmen, auf das bequemste und leichteste das Defizit auszugleichen, muß sich die Polizeibeamtenschaft entschieden verwahren.“

Ähnlich lautet auch die Entschlüsse der anderen Beamtenverbände. Die Brüning-Regierung wird sich um diese Willensäußerung der Beamten nicht kümmern. Sie wird das ihr von der Schwerindustrie diktierte Programm durchführen und ihre Raubpläne fortsetzen. Die Beamtenschaft muß erkennen, daß sie nicht mit Entschlüssen den Gehaltsraub aus der Welt schafft, sondern nur wenn sie bereit ist, in gemeinsamer Front mit den Arbeitern und Angestellten unter revolutionärer Führung zu kämpfen. Darum müssen sich auch die Beamten der RGO anschließen und müssen vor allen Dingen die Schulpolizisten erkennen, daß auch sie nur ausgebeutete Proleten sind und in die Reihen der Arbeiter gehören und es ablehnen müssen, als Kulipolizeien gegen die Arbeiter heranzuziehen zu werden.

„Danach hat sich die Reichsbahn verpflichtet, keinerlei Entlassungen in größerem Maßstabe bis zum 31. März 1931 vorzunehmen.“

Sind diese Worte nicht die härteste Widerlegung der Ausführungen Ellers? Es wird hier klar ausgesprochen, daß weitere Entlassungen trotz der Einlegung von Feiertagslöhnen stattfinden. Was heißt: Entlassungen in größerem Maßstabe werden nicht vorgenommen? Die Entlassung von 5000 Eisenbahnern ist für Dornmüller und seine Anläien vom EGE eine Bagatelle und keine Maßnahme in größerem Maßstabe. Man hüte sich im Lager der reformistischen, christlichen und Hirsch-Dunderbergschen Verräter wachsam, den Wortlaut der Vereinbarung, der auf die Entlassung Bezug nimmt, bekanntzugeben. Wir wollen hier nachholen, was die Reformisten verschweigen, um ihr Lügenmännchen fortsetzen zu können. In dem Ertrag der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft, 51.533 Pf., vom 30. September 1930 heißt es unter Punkt 5:

„Am Entlassungen der unter den ETW fallenden Arbeiter und der in der Verfügung vom 11. März 1930 — 50.561 Pwkk — betr. Personalwirtschaft bezeichneten Zeitarbeiter, nach Möglichkeit zu vermeiden, sind die gewöhnlichen Zeitarbeiter zu entlassen, sobald es die Verhältnisse irgendwie zulassen.“

Also Entlassung aller Zeitarbeiter und darüber hinaus auch der unter den ETW fallenden Arbeiter. Viele Entlassungen

# Straßenbahn maßregelt rote Vertrauensleute

(Arbeiterkorrespondenz)

Bei der Bauabteilung Bahnmesserei Süd herrschen „nette“ Zustände. Zur Zeit ist man dabei, die Schienenhöhe zu schweißen, um das Schlagen der Wagen zu vermeiden. Die Bauabteilung hatte nun zu diesem Zweck einige Vorarbeiter nach Wien geschickt, um diesen Arbeitstrick kennenzulernen. Zu dieser Delegation gehörte auch der Obermeister Heine. Wer aber nun glaubte, daß dieser Prominente auch bei der Straßenbahn Dresden dieselbe Zahl Arbeiter zur Vornahme der Schweißarbeit verlangte als in Wien zur Verfügung stehen, der irrte sich gewaltig. Seine hauptsächlichste Tätigkeit ist, so wenig wie möglich Arbeiter zu den Schweißarbeiten heranzuziehen. Als besonderer Antriebler ist weiter zu nennen der im Arbeitsverhältnis stehende Aufseher Dorong. Sein Ausspruch war immer: „Die Samstagsarbeiten der Mühle müssen runter!“ Dorong hat ein besonderes Interesse, mit wenig Arbeitern recht viel zu schaffen. Ob die Gesundheit der Arbeiter zum Teufel geht, kümmert ihn nicht. Aus dem Mannschaftsmagen macht er ein Materiallager, Aborte aufstellen zu lassen, interessiert ihn nicht. Die Arbeiter waren auf der Tiergartenstraße gezwungen, ihre Notdurft im Freien zu verrichten. Das ganze System dieser Art verkörpert der Bahnmesserei Veger. Er hat kein Interesse an den Wohlfahrtsmaßnahmen der Arbeiter. Zu nennen ist auch sein Vertreter Anders. „Zu was brauchen die Arbeiter Handtücher?“ ist sein Ausspruch, wenn schmutzige Handtücher gestrichelt werden sollen. Seine Hauptarbeit ist, unter Prozentzuschlägen so wenig wie möglich zu verrechnen. Bahnmesserei Veger bedrückt aber gern ein Auge zu, wenn Unternehmer mit bei Straßenbauarbeiten beschäftigt sind, so auf der Fürstentstraße, wo Arbeiter der Straßenbahn-RG dem Steinlegemeister Wros zur Verfügung standen. Dieses ganze System weiter zu beleuchten, erübrigt sich. Die Arbeiterkassette hat keine Lust, diese Art der Arbeitsmethoden noch länger zu dulden. Durch den Vertrauensmann Pau wurde den Herrschaften gesagt, daß Abhilfe verlangt würde. Was machte aber der Aufarbeiter Dorong und Bahnmesserei Veger? Man meldete den Vertrauensmann der Direktion als Heber. Prompt erfolgte darauf die Kündigung. Am 20. Oktober findet nun der Haupttermin vor dem Arbeitsgericht statt. Die Direktion wird sie die Prominenten dort antreten lassen, um den bösen Heber nicht wieder in den Betrieb zu bekommen. Verstärkte Arbeit im Sinne der Revolutionären Gewerkschaftsopposition durch Aufbau der Betriebsgruppen wird diese Sorte Antriebler in die Schranken weisen. (NR 2139)

### Zuderrübenernte und Rittergut Sehnitz

(Arbeiterkorrespondenz)

Not und Elend herrscht bei den Landarbeitern. Jetzt ist die Zeit der Zuderrübenernte. Nur wer diese Arbeit selbst macht, kann wissen, was das für eine Schuterei ist, welche meist in Afford gemacht wird. Wenn in früheren Jahren den Arbeitern von Sehnitz für diese Arbeit 16 Mark pro Morgen gezahlt wurde, so bietet man ihnen dieses Jahr pro Scheffel (200 Quadratmeter mehr als ein Morgen) 14 Mark. Das ist so ein Hundelohn, daß unter größter Anstrengung bei einer Arbeitszeit so lang wie der Tag ist, 3 Mark verdient werden, das heißt wenn alle verfügbaren Kräfte aus der Familie mithelfen. Herr von Sehnitz, zweifacher Rittergutsbesitzer, zeigt sich gern der Deffentlichkeit gegenüber als „wohlwollender Arbeitgeber“ durch Veranlassung von Erntefesten, in Wirklichkeit aber benutzt er diese als Zuderrübenernte, um die Arbeiter für seine ausbeuterischen Pläne gefügiger zu machen. Denn was ist es anderes, wenn dieser Herr seinen Arbeitern persönlich antwortet: „Wenn die Arbeit für den Lohn nicht gemacht wird, könnt ihr alle zu Hause bleiben und könnt schlafen!“ Ihm ist es gleichgültig, ob die Zuderrübenernte ausgemacht werden, oder ob sie verkauft. Er und seine Familie haben deshalb gemiß nicht weniger Zuder zu essen.

Ihr Landarbeiter von Sehnitz, ihr habt schon am 14. September ein glänzendes Zeugnis abgelegt, daß ihr den Weg erkannt

habt, der euch aus eurem Elend herausführt. Durch die Abgabe von 22 kommunistischen Stimmen gegenüber 15 Stimmen 1928 halt ihr bewiesen, daß euer Vertrauen zur RPD gewachsen ist. Aber es genügt nicht, in geheimer Stimmenabgabe seinen Willen kundzutun, sondern bekennt euch offen zur kommunistischen Partei, der einzigen Partei, die einen wirklichen Kampf gegen Unterdrücker und Ausbeuter. Alle, die ihr in eurer Not kaum aus noch ein wagt, helfe mit. Reiz die „Arbeiterstimme“! Nur die „Arbeiterstimme“ ist euch in den Sorgen eures täglichen Lebens, eurer Arbeit, eurer Wohnung, eurer Familie ein guter Berater. Ihr helfe helfe dadurch den Weg bereiten zu eurer Befreiung, zu einem Sowjetdeutschland, in welchem es keine Rittergutsbesitzer gibt, die euch die Früchte eurer Arbeit nehmen. (NR 2129)

# Die Rote Gewerkschaftsinternationale im Angriff

Das brauchst Du!

Kennst du schon die Beschlüsse des 5. Kongresses der RGO? Du mußt dich darüber genau informieren, die Gegner verbreiten die größten Lügen über diesen Kongreß.

Da erscheint dieses Buch. Auf 120 Seiten konzentriert, alles Wichtige, was du wissen mußt!

Aus dem Inhalt:

Das vollständige Stenogramm des Hauptreferates des Genossen Lojowitsch, in dem alle Fragen der Organisation der internationalen Kampfes des Proletariats behandelt sind.

Die Weltwirtschaftskrise, ihre Ursachen, die Desorganisation des Kapitalismus — Massenarbeitslosigkeit in der ganzen Welt — Die Rolle des Reformismus im Dienste des Weltkapitals — Der gewaltige Aufstieg der WIRSA — Kolonialismus und Politik im Weltwirtschaftskampf — Warum können die Reformisten immer noch die Kämpfe der Arbeiter abwürgen? — Ueber die Schaffung revolutionärer Gewerkschaften in Deutschland usw.

Die Ergebnisse der Diskussion

werden vom Genossen Lojowitsch in seinem Schlußwort zusammengefaßt.

Die deutsche Frage

spielt auf dem 5. RGO-Kongreß eine besonders große Rolle. Das Stenogramm des Schlußwortes gibt einen tiefen Einblick in die von den Diskussionsreferenten behandelten Probleme.

Kennst du den genauen Wortlaut der

Thesen

des Kongresses? Nein! Du mußt ihn aber kennen lernen! Ebenso mußt du die

Resolution zum Bericht des Zentralrates der RGO

kennen!

Du brauchst das alles in deinem Kampf

im Betrieb,

auf der Stempelstelle,

im Verband.

Kein Funktionär der Revolutionären Gewerkschaftsopposition ohne dieses Buch!

Wir wissen, daß du wenig Geld hast, wir wissen jedoch aber auch, daß alles getan werden muß, dich mit den Beschlüssen und den Reden des 5. RGO-Kongresses vertraut zu machen.

Deshalb kostet das Buch (120 Seiten hart), lester Kartonumschlag, nur

20 Pfennig.

Du mußt es dir heute noch bestellen! Bestelle es sofort bei deinem Literatur-Obmann oder bei deinem RGO-Funktionär!

### Genosse Paul Gruner

berichtet über den 5. RGO-Kongreß und die wahren Verhältnisse in der Sowjetunion am Freitag dem 10. Oktober im Reglerheim. Mitwirkung der Roten Kaffeten. Eintritt: Erwerbslose 30 Pf., Vollarbeiter 60 Pf. Karten bei den JAG- und RGO-Funktionären zu haben.

werden nicht sehr lange auf sich warten lassen. Zu Tausenden wird man die Eisenbahner auf Straßenpflaster werfen, ganz gleichgültig, ob Zeit- oder Stammarbeiter. Das wollen die Schüssel, Hermann, Breunig und Ellers. Aber sie schwindeln weiter drauf los, sie jechen ihren Verrat fort. Lohnraub, Feiertagslöhne und Massenentlassungen bleiben das Ziel Dornmüllers. Mit Hilfe der aktiven Unterstützung der reformistischen, christlichen und Hirsch-Dunderbergschen Eisenbahnerbürokratie wird Dornmüller keine Maßnahmen durchführen. Die Dresdner Eisenbahner, die in der Versammlung vom 2. Oktober den Ausführungen und der Entschlüsse Ellers zustimmen, werden sehr bald erkennen, daß sie einem schändlichen Betrug zum Opfer fielen. Sie werden erkennen, daß der Kampf gegen das Dornmüllerregime, gegen Lohnraub und Massenentlassungen nur von der Revolutionären Gewerkschaftsopposition geführt wird. Wollen die Eisenbahner jeden weiteren Verrat verhindern, wollen sie verhindern, daß weitere Entlassungen unterbleiben, daß kein Lohnraub durchgeführt wird, daß der Kampf um den Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich und um 20 Pf. Lohnerhöhung aufgenommen wird, dann müssen sie die einheitliche, revolutionäre Kampffront schließen. In jeder Werkstätte, auf jedem Bahnhof und jeder Dienststelle muß ein revolutionärer Vertrauensmännerkörper, eine Betriebsgruppe der RGO gebildet werden.

Im Bündnis mit den RGO-Betriebsgruppen der übrigen Industriegruppen müssen die Eisenbahner

die Streikfront organisieren, den Kampf aufnehmen, für die Forderungen der RGO der Eisenbahner!

In einem weiteren Artikel werden wir zu der „Reichsheit“ des Vertreters der RGO im Bezirksbetriebsrat Stellung nehmen.



Das Büro der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) befindet sich jetzt Dresden-N., Roßstraße 100. Alle Zuschriften sind an diese Adresse zu richten.

Donnerstag den 9. Oktober, 19.30 Uhr, öffentliche Versammlung der RGO im „Deutschen Haus“, Großenhainer Straße.

Industriegruppe Eisenbahner  
Freitag, 10. Oktober, 17 Uhr (sodort nach Betriebsabschluss): Wichtige Sitzung mit Materialausgabe im Restaurant „Zur Zippe“, Marcolini, Ede Fröbelstraße.



# Regierungscoalitionsbereitschaft in Sachsen von SPD und Nationalsozialisten

## Kommunistischer Auflösungsantrag abgelehnt — Schied-Kabinett unter Ausschaltung des Landtages — Nazis demastrieren sich als Betrüger — Wieder mit dem parlamentarischen Kuhhandel, für verstärkten außerparlamentarischen Kampf!

Dresden, den 7. Oktober.

Auf der Tagesordnung stehen die beiden Punkte, Wahl des Ministerpräsidenten und Landtagsauflösung.

Als erster Redner sprach der Sozialdemokrat Edel, der durch einen Aufwand von tabulalen Phrasen den Verrat der Sozialdemokratischen Partei, ihre Hinfälligkeit für die Trübsalgeister, zu verdeutlichen suchte. Offen sprach er aus, daß die SPD bereit ist, wenn es keine andere Möglichkeit gibt, die Regierung Schied zu unterstützen. Einen neuen Appell an die Wählermassen lehnte die SPD ab. Den Youngplan bezeichnet Edel als einen gewaltigen Fortschritt und er brachte zum Ausdruck, daß die SPD-Führung es ablehnen müßte, den außerparlamentarischen Kampf gegen den Faschismus und die bürgerliche Gesellschaft zu organisieren. Die Rede Edels war eine der üblichen Schreden gegen die Kommunisten, eine Rede der schwülstigsten Phrasen, um die immer mehr zur Erkenntnis kommenden Arbeiter bei der Führe der SPD zu halten. Am Schluß seiner Ausführungen brachte er zum Ausdruck, daß die SPD zunächst einen eigenen Kandidaten, mit dem Poiten des Ministerpräsidenten, vorschlagen würde. Mehrere weitere Fragen schweben er sich aus.

Abg. Kaiser (Wirtschaftspartei) gibt im Namen der Nationalsozialisten und aller bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme der Reformationalen und Demokraten, die Erklärung ab, daß sie als Ministerpräsidenten den Deutschnationalen Krug von Rinda vorschlagen.

Nur die kommunistische Fraktion gibt Gen. Sinderman eine Erklärung ab, die wir auf der ersten Seite veröffentlichen.

Die Abg. Dehne (Demokraten) und Lasse (Volkspartei) schlagen für ihre Gruppen den Innenminister Richter als Ministerpräsidenten vor.

### Die ergebnislose Abstimmung

Bei der Abstimmung zur Ministerpräsidentenwahl wurden 26 Stimmen abgegeben. Hieran erhielten Krug von Rinda 46, Spitzke 32, Renner 13, Richter 3 Stimmen. Da keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen erreicht hat, gilt die Wahl als ergebnislos.

Hierauf wurde in die Beratung der Landtagsauflösungsanträge eingetreten. Den kommunistischen Antrag, der den Vorschlag hat: „Der Landtag mölle beschließen: Der Landtag löst sich auf!“, wurde begründet von dem

### Genossen Herbert Wehner:

Bei der Wahl am 14. September haben sich die werktätigen Massen gegen die Youngplanpolitik entschieden. Breite Massen von bisherigen Anhängern der SPD sind zu den Kommunisten gekommen in der klaren Erkenntnis, daß die Politik der SPD falsch ist und daß nur die kommunistische Partei den Kampf gegen den Kapitalismus führt. Die Nazis haben in der kurzen Zeit seit der Reichstagswahl ihr Möglichstes getan, um sich als eine Partei des bürgerlichen Regalismus zu kennzeichnen und sich diesen bürgerlichen Regalismus amtlich und behördlich beschleunigen zu lassen. Daß die Nazis unter der Föhrung „Gregor Ströher“ oder „Landtagsauflösung“ in den Kampf gehen, zeigt, daß sie sehr gut verstehen, daß im bürgerlichen Rahmen zu bewegen. Sie preisen sich öffentlich als diejenigen an, die die Ausbeuterrepublik gegenüber den ansturmenden revolutionären Massen verteidigen. Dieser Selbst hat in einer seiner letzten Reden erklärt, daß er auf die Frage, Beilegung des Youngplans und des Versailles Diktats keine klare Antwort geben könne.

### Die Hitlerpartei ist eine legale Ministerpartei geworden

Wenn der Abg. Edel in seiner schwülstigen Rede die Erklärung abgegeben hat, daß es besser werde in Deutschland, dann ist das eine heimeisole Behauptung, die durch keine einzige Unterlage belegt werden kann. Die Rede hat sich vielmehr verkehrt, das Erwerbsloshver ist gewachsen und wird weiter wachsen. Der Hitlerorden, die einen berechtigten Sturm der Entrüstung und Empörung in den Betrieben und in den Stempelstellen ausgelöst hat, folgt jetzt die neue Verordnung auf Abbau der Beamtengehälter, der Erwerbslosenunterstützung und der weiteren Belästigung der arbeitenden Massen. Es ist schon jetzt ganz klar, daß im Verlauf dieses Winters unter der bürgerlichen Diktatur die rückwärtsste Erhellung des Youngplans auf dem Rücken der Arbeitermassen, der Mittelständler, der unteren Beamten und Angehörigen fortgesetzt wird.

Der Abg. Edel brachte es sogar fertig, zu erklären, daß es im Rheinland Massenarbeitslosigkeit und Hungerlöhne für die Arbeiter gäbe. Sein Parteifreund Lunde hat selbst in der

letzten Sitzung erklären müssen, daß im Rheinland der Hungerhundentag und die Hungerkämpfe weitgehend durchgeführt sind und der Staat für soziale Einrichtungen für Mutterkür, für Kindererziehung und für kulturpolitische Zwecke höher ist als in den kapitalistischen Ländern.

Wir werden alles tun, um Anstich an Sowjetrußland durch ein Sowjetdeutschland zu bekommen. Wir werden dafür sorgen, daß bei uns

### reiner Tisch gemacht wird mit der Bourgeoisie und ihren Helfershelfern

Das Geschrei der Bürgerlichen in Deutschland, unterstützt durch die SPD-Presse über die „Tötung der Arbeiter in Rußland“, bezweckt die glotternde Todesangst dieser bankrotten bürgerlichen Gesellschaft (Zustimmung bei den Kommunisten).

Nachdem die Sozialdemokraten jahrelang nichts getan haben, um die faschistische Gefahr zu bannen, nachdem sie als Militärs in der Koalitionsregierung die einjährige antifaschistische Wehrorganisation, den Roten Frontkämpferbund, verboten haben, nachdem sie ihre Kassen mit Arbeiterblut befüllten, haben sie jetzt den Faschistenlehre bekommen.

Heute treten die sozialdemokratischen Führer hin und sagen: Wir haben uns als „Fels im Meer“ gehalten. In ihrer Presse liest man's aber anders. Der „Fels“ ist ein brüchiger Sandsteinfels, der durch die Wogen des Jorns der werktätigen Massen zermürbt ist und empfindliche Risse erhalten hat.

Jetzt bietet sich die SPD der Brüning-Regierung zur Unterstützung an und erklärt sich bereit, für die Diktaturregierung Brüning in die Reihe zu springen.

Eine Schandtat gegen die Arbeiterklasse reißt sich an die andere an. Auf dem sozialdemokratischen Verrat an den Arbeitern und Erwerbslosen konnte allein die braune Horde des Faschismus wachsen und gedeihen.

Herr Edel hat hier auf der Tribüne des Landtages das Einheitsfrontangebot der Kommunisten an die sozialdemokratischen Arbeiter abgelehnt und brüel abgelehnt.

Wir erklären von derselben Stelle aus: Wenn wir den sozialdemokratischen Arbeitern gelangt haben, kämpft mit uns gemeinsam gegen die heranwachsende drohende faschistische Gefahr, kämpft mit uns gemeinsam gegen weiteren Lohnabbau, gegen weitere Nationalisierung, dann waren wir uns klar darüber, daß sich die sozialdemokratischen Führer als diejenigen erweisen werden, die sich der Bewegung der sozialdemokratischen Massen zum revolutionären Lager hindernd und einhaltgebend in den Weg stellen.

Die arbeitenden Massen werden aus der Haltung der SPD-Führer ihre Schlüsse ziehen und alles daran setzen, außerhalb dieses Parlaments, in den Betrieben und Stempelstellen, überall dort, wo Arbeitermassen hungern und fröunen, über die Köpfe der rechten und „linken“ SPD-Führer hinweg die Kampffront schmieden.

Das bürgerliche Regime ist reif zum Abtreten. Jeder Tag beweist das aufs neue und auch der Einzug der verschienenen Hilfstruppen, auf der einen Seite die sozialdemokratischen Führer, auf der anderen Seite die Nationalsozialisten, werden das bürgerliche System gegen die normwärtsstrebenden revolutionären Massen nicht retten können.

Wir sind gerüstet, nicht nur zu einem neuen Wahlkampf, wir sind gerüstet auch zu außerparlamentarischen Kämpfen. Wir sind uns auch bewußt, daß wir diesen Kampf bestehen und siegreich beenden werden. (Beifall bei den Kommunisten.)

Frißlich als Kenner der Nazis begrüßte die Kommunisten (unter Beifall der bürgerlichen Parteien) zunächst als „Nordgelinde“, wie überhaupt die alte Weise vom Marxismus den größten Teil seiner Rede bildete. Noch immer kann der Mann nicht verhindern, daß Marx Haeckel im Jahre 1921 einfliegen Millionen den roten Hahn aufs Dach reißt hat. Der Marxismus, erklärte Frißlich, hat mit seinem Kampf gegen den Kapitalismus einen „Riß in das Gefüge der deutschen Volksgenossen“ gebracht, womit Herr Frißlich das Programm jener Partei unterbreitet, daß es die Aufgabe der Nazis ist, den Kampf gegen den Klassenkampf zum Schutze der Kapitalisten zu führen.

Getreu seinem „großen“ Vorbild Hitler erklärte auch Frißlich, daß die Faschisten danach streben, auch in Sachsen zur Macht zu kommen, aber auf ganz legale Weise. Nachdem er sich mit keinem Glaubensgenossen von der Nationalpartei gefehlschalt hatte, bat er zum Schluß seine Worte an: „Wir können mitregieren, das haben wir in Thüringen bewiesen. Wir sind bereit, auch in Sachsen mitzuregieren.“ (Beif. Hitler)

Abg. Wilhelm (Wirtschaftspartei): Die Rede des Abg. Edel hat uns gezeigt, daß nicht jeder Weg zur Schaffung einer Regierung versperrt ist (Zwischenruf der Kommunisten: Wie, Große Koalition!).

Abg. Harde (Deutsche Volkspartei): Unser Ziel bleibt die Bildung einer marxist-reinen Regierung. Wir lehnen die Auflösungsanträge ab.

Abg. Sieger (Deutschnat. Volkspartei) erklärt, daß seine Fraktion den Auflösungsanträgen zustimme.

### Schlußwort des Genossen Wehner

Die Rede des Wirtschaftsparteilers war die beste Belegung dafür, daß die Nationalsozialisten die treueste Hilfstruppe der Bourgeoisie sind. Die Nazis stehen mit beiden Füßen auf dem Boden der Youngrepublik. Sie hängen an der Stippe des englischen Imperialismus und sind bereit, im Bündnis mit der Bourgeoisie alle Lasten auf die Schultern der Arbeiter abzumüllen. Das gilt auch von den Sozialdemokraten, die immer offener als die Wegbereiter des Faschismus auftreten. Sie (zu den Bürgerlichen und Sozialdemokraten) wollen heute noch nicht abtreten. Wir sagen Ihnen, die Entscheidung fällt nicht hier im Parlament, sondern im außerparlamentarischen Kampf. In den faschistischen Ländern führen die Arbeiter einen immer erfolgreicheren Kampf gegen die faschistische Diktatur. Wir werden die Massen zum Kampf führen um Freiheit, Brot und Arbeit.

Studen t o m f f n (NSDAP) hält eine wütende hysterische Rede, in der er versucht, die Demastrierung der Nationalsozialisten als Youngrecht zu verhindern. So verurteilt er den Angriff der Kommunisten dadurch zu parieren, daß er uns vorwarf, mit der SPD-Partei des Herrn Hugenberg, des demagogischen Volksbegehren nicht mitgemacht zu haben. Doch keine Partei logar gegen den parlamentarischen Antrag der SPD auf Einstellung der Youngzahlungen ist, verächtlich dieser laubere „Kämpfer für ein drittes Reich“. Eine unfreiwillige Demastrierung leistete er sich mit folgendem Satz:

„Glauben Sie, daß es möglich ist, daß man 6 1/2 Millionen Menschen hinter keiner Führe sammeln kann, wenn man ihnen immer nur Scheinmüder vormacht?“

Nein, wir glauben es nicht und wir werden dafür sorgen, daß auch der letzte der verruchten Kahlhäuter des Faschismus das wahre Gesicht des Nationalsozialismus erkennen wird.

In tamentlicher Abstimmung wurde der kommunistische und nationalsozialistische Auflösungsantrag mit 56 gegen 30 Stimmen und 10 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Die nächste Sitzung findet am Donnerstag dem 9. Oktober statt.

## Arbeiterjugend, heraus!

### Antifaschistischer Kampfaufmarsch am 26. und 27. Oktober in Freiberg

Der Reichstagswahlkampf hat gezeigt, daß die Jugend sich in immer größerer Zahl zum Kommunismus bekennt. Tausende Jungwähler waren für den Sieg des Kommunismus tätig.

Trotzdem war es dem Faschismus noch einmal möglich, unter dem Deckmantel eines Kampfes gegen den Youngplan große Teile der werktätigen Jugend einzufangen. Das erfordert von der gesamten revolutionären Jugend die Anspannung aller Kräfte, um die antifaschistische Front der Jugend zu vergrößern.

Die heutige Jungarbeitererhebung bezieht sich daher am Gedächtnis der Opfer des Reichswehrmarches 1923 am 26. und 27. Oktober die Durchführung eines Antifaschistischen Kampfaufmarsches der Arbeiterjugend in Freiberg.

Dafür werden alle Jungarbeiter und Jungarbeiterinnen, alle Roten Jungwähler und jungen Antifaschisten von Dresden, Pirna, Kadoberg, Tschöha und Dederon zur Beteiligung aufgefordert.

Junge Antifaschisten, vor die Front! Sorgt für einen gewaltigen Kampfaufmarsch der revolutionären Jugend Karl Liebknechts!

### Kampfbund gegen Faschismus

Antifa-Kartell Leuben-Niederziedlich, Donnerstag, den 9. Oktober, 1930 Uhr: Sitzung im Restaurant Stadt Dresden.

### Das Bild überreut

Deshalb werdt für die IZZ

22 große Unterhaltungsblätter, ungerichtet die vielen Heinen Familienzeitschriften, gibt es in Deutschland. Von 10 großen illustrierten Zeitungen geben 5 eine Auflage von über 300 000 an. In 3 1/2 Millionen Exemplaren verleiht die Bourgeoisie, ihre Bildpropaganda unter die Massen zu bringen. Wenn heute der Leser nicht mehr alles glaubt, was in seiner Zeitung gedruckt steht — was er abgebildet sieht, erscheint ihm glaubwürdiger, wahrheitsvoller — so haben die illustrierten Blätter die Aufgabe, mit wirksameren Methoden die Massen der Werktätigen ideologisch im Sinne der herrschenden Klasse zu halten.

Nicht nur Bilderfälschungen die oft von der IZZ enthielt wurden, werden angewandt. Viel gefährlicher wirkt sich die Bilderberichtigung der bürgerlichen Illustrierten in ihrer Einseitigkeit im Interesse der Bourgeoisie aus. Erinnern wir uns daran, wie zum Beispiel die „Berliner Illustrierte“, die allein eine Auflage von 1,5 Millionen hat, die Fehle gegen die Sowjetunion führte, indem sie nicht plump gefälschte Bilder veröffentlichte, sondern „objektiv“ geschickt verstand, nur die halbe Wahrheit zu berichten. Ein anderes Beispiel gibt uns die „Münchener Illustrierte“, die herrliche Bilder über die „Stadt der Arbeit“, die Siemens-Betriebe, veröffentlichte und aus der Hölle der Berliner Metallindustrie ein Paradies hervorsauberte.

Mit der allgemeinen Zuspaltung der Klassengegenstände politisieren sich auch die Unterhaltungsblätter, besonders die illustrierten Zeitungen. Es wird nicht mehr nur mit der leichtem Unterhaltung gearbeitet, die selbst ein wichtiges Mittel der politischen Beeinflussung darstellt, sondern die verschiedenen bürgerlichen Gruppen schafften sich illustrierte Blätter, die ihre politischen Interessen vertreten. So zum Beispiel die Nationalsozialisten den „Illustrierten Beobachter“, das Reichsbanner die „Illustrierte Republikanische Zeitung“. So ist die „Deutsche Illustrierte“ zu werden, und neuerdings verleiht die SPD den österreichischen „Kudus“ in Deutschland der einzigen proletarischen Illustrierten, der IZZ, entgegenzustellen. Obwohl diese Zeitungen keine sehr großen Auflagen haben, erfüllen sie, ergänzt durch die vielen Hunderte von Beilagen der bürgerlichen Presse, ihren Zweck, der politischen Be-

einflussung breiter Massen durch das Bild. Aus allem kann man die gewaltige Bedeutung, die der einzigen proletarischen Illustrierten, der IZZ, zukommt, erkennen, die den Bilderlungen die Wahrheit des Klassenkampfes im Bilde gegenüberstellt.

Trotzdem die IZZ wohl mit die größte Illustrierte ist, hat sie längst noch nicht die Verbreitung erreicht, die sie in der jetzigen politischen Situation erreichen könnte. Gewiß, entgegenstehen wir dem bürgerliche Pressemonopol erst in einem Sowjetdeutschland vernichten können. Heute muß uns aber die Presse, und besonders auch die Illustrierte, eine Waffe zur Entämpfung dieses Zieles sein.

Es ist gelungen, doppelt soviel Wahlzettelungen der IZZ zu verteilen, als die IZZ Auflage hat. Das beweist, daß es sehr leicht ist, die IZZ, die doch weit über den Rahmen der Parteimitgliedschaft hinaus schon durch ihre Kasualitäten reißt zu verbreiten. Gerade mit ihr können wir an neue Schichten der Werktätigen heranfinden und durch sie viele erst zu KSD-Anhängern und Parteigenossen erzielen.

So wie jede proletarische Zeitung, muß auch die IZZ ausgeht mit den Massen verbunden sein. Jeder Parteigenosse, jeder KSD-Anhänger muß ihr Mitarbeiter werden. Die Mitarbeit hat natürlich einen anderen Charakter als die an einer Tageszeitung. Durch Bilder-Reportagen, zu denen jeder das entsprechende Material beschaffen muß, kann die IZZ unseren Kampf um die Betriebe genau so unterstützen, wie sie durch den Sportteil die rote Sportbewegung fördert. Wir müssen erkennen, welche wertvolle Hilfe die IZZ in unserer Agitation darstellt. Es muß uns gelingen, in kurzer Zeit sie nicht nur an die Millionen kommunistischer Wähler, sondern darüber hinaus an die noch bürgerlich beeinflussten Kreise der Werktätigen zu bringen.

Jeder Leser der kommunistischen Presse muß ein Werber für die einzige proletarische Illustrierte, die IZZ, sein.

### Wer will umsonst in die Sowjetunion fahren?

Die Unterwelt-Bücherei, deren Bemühungen, dem Arbeiter zu möglichst geringem Preise gute, revolutionäre Literatur zu

bieten, aufs beste bekannt sein dürften, veranlaßt zum Zweck der Erweiterung ihres Mitgliederzweiges vom 12. Oktober bis 2. November 1930 eine große Werbetournee. Es findet eine großzügige Prämienverlosung statt, bei der unter anderem eine achtstägige Reise nach der Sowjetunion zu gewinnen ist. Die Kreisgruppe Dresden bringt einen ganz großen literarischen Werbetag zur Durchführung, an dessen Ausgestaltung unter anderem die roten Kaffeecken mit einer besonderen Werbetage für die IZZ teilnehmen. Der Leiter der Unterwelt-Bücherei, Hans von Juchacz, spricht über das Thema: „Moderne Lendenhaut, das Buch als Waffe“. Außerdem findet eine Buchausstellung statt. Wir weisen alle Arbeiter auf diese Veranstaltung, die am Mittwoch dem 22. Oktober, 20 Uhr, im Koglerheim, Friedrichstraße, stattfindet, besonders hin. Der Eintrittspreis beträgt 50 Pf., für Erwerbslose 25 Pf.

### „Leber die Verhältnisse geiebt...“

(Arbeiterinnenkorrespondenz)

Wir haben über unsere Verhältnisse geiebt — Ichloß Reichsminister Dietrich am Mittwoch keine Rede am Berliner Sender über das Sparprogramm im Brünings. Der ganze Vortrag war eine sentimentale Soße zu dem drücklichen Kaubug der Brüning-Regierung. Weil die Regierung an der Zukunft nicht zweifelte, mußte sie den aufschreienden Hunger durchführe — aber „das deutsche Volk hat in den letzten 16 Jahren Großes geleistet, lagern wir ihn, was es noch zu überwinden hat, so wird es auch schaffen.“

Natürlich vergaß der lahme Minister, den Hörsen zu sagen was die Einschränkung der sozialen Ausgaben für die Massen bedeutet. Er unterließ die beachtliche Prozententge Miet-erhöhung und vergaß zu sagen, wer in den letzten Jahren über keine Verhältnisse geiebt hat!

Wegen dieses Vortrages zur Popularisierung des Hungerprogrammes war der Rundfunk einen Zeitbericht „Der letzte Sowjetkongreß in Moskau“ aus dem Programm — 3 Me-Wellen.

UND NICHTSWECHEN... Tragfläche einen Baum, das Flugzeug überschlug sich und stürzte! Flugzeug wieder in seine Gewalt zu verommen.



# Rund um den Erdball

Grenzenlose Bestürzung nach der Luftkatastrophe von „R 101“

## Zurück nach Old England...

Eine Identifizierung der verfohlten Leichen unmöglich

Paris, 7. Oktober. Mit fieberhaftem Eifer sind zur Zeit englische und französische Untersuchungskommissionen an der Stätte der Katastrophe des englischen Riesenluftkruzers R 101, um die Ursache festzustellen. Da das Riesenluftschiff vollkommen zerstört wurde, ist es naturgemäß außerordentlich schwierig, wenn nicht sogar unmöglich, die wahren Ursachen zu finden. Neuerdings glaubt man, daß der Luftkruzer nicht allein ein Opfer der Naturgewalten geworden ist, sondern vielmehr ein Materialfehler im Stahlgerippe des Luftriesen die Katastrophe herbeiführte.

Auch über die Zahl der Toten herrscht noch keine Klarheit, zumal der Zustand der Leichen es geradezu unmöglich macht, eine einwandfreie Zählung der Opfer vorzunehmen. Die offizielle Schiffsliste weist nur 54 Passagiere auf. Andererseits glaubt man aber, die Ueberreste von 47 Leichen geborgen zu haben. Da acht Passagiere gerettet sind, taucht neuerdings die Vermutung auf, daß sich ein blinder Passagier an Bord befunden hat.

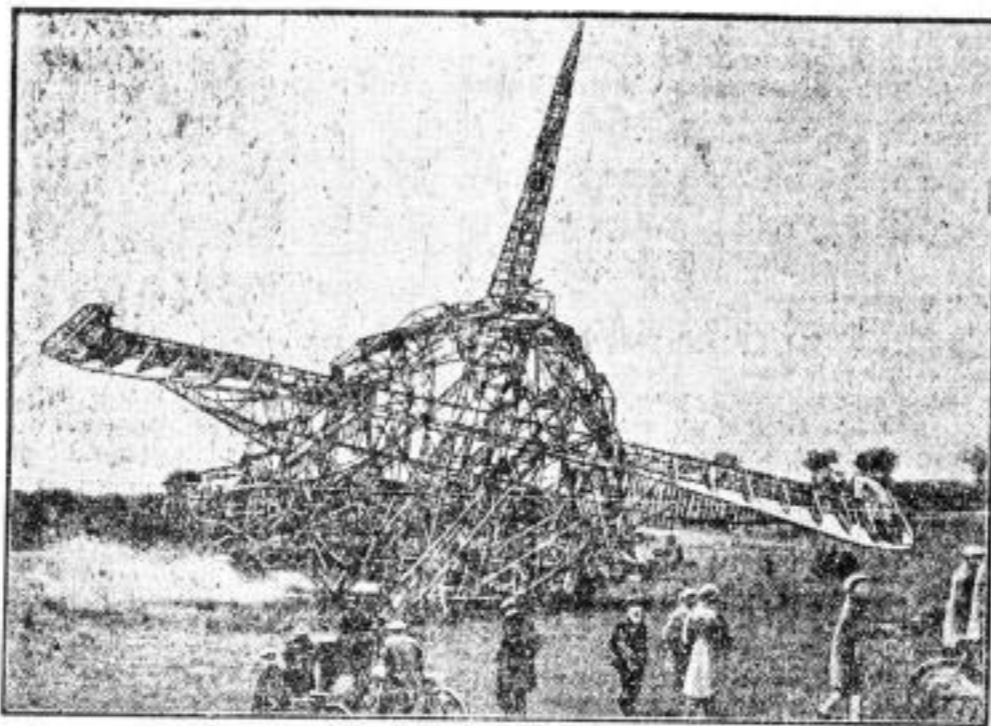
Am den Hinterbliebenen der Berunglückten den Anblick der entsetzlich zugerichteten Leichen zu ersparen, sind alle Kleiderreste und sonstiges Eigentum, die bei den Toten gefunden wurden, in nummerierten Kästen gesammelt worden, von denen je einer zu jedem Satz gehört. Die englische Regierung hat den Angehörigen den Vorschlag gemacht, alle Toten gemeinsam in einem Massengrab zu bestatten.

Am Dienstagvormittag wurden die Ueberreste in Beauvais auf Paketten aufgebahrt und vom Rathaus nach dem Bahnhof überführt, wo ein Sonderzug bereit stand, um sie nach der Küste zu bringen. Tausende aus den umliegenden Ortschaften beteiligten sich an dem Trauervog. Um 12 Uhr verließ der Sonderzug den Bahnhof mit der Bestimmung Bologna-sur-Mer, begleitet von einem französischen Flugzeuggeschwader von vierzig Maschinen. Auch die Ueberlebenden der Katastrophe, deren Gesundheitszustand es erlaubte, benutzten denselben Zug, um in ihre Heimat, aus der sie ausjagten, um den indischen Freiheitskämpfern Furcht und Schrecken zu bringen.

heimzukehren. Zwei englische Torpedobootzerstörer werden dann die Opfer nach Old England zurückbringen.

Eine geradezu ängstliche Vorhüt legt die englische Regierung an den Tag. Wie bekannt wird, weigert sie sich entschieden, auch nur eine Mitteilung über die Ursachen der Luftkatastrophe zu machen, bevor nicht die Zeugenvernehmungen beendet seien. Zur Untersuchung wird man verschiedene Teile des verunglückten Luftkruzers nach England schaffen. Wie weiter bekannt wird, wird man Dr. Edener erziehen, als Sachverständiger im englischen Untersuchungsausschuß zu fungieren.

Aus Anlaß der Katastrophe sind, wie bekannt wird, bei der



Das Ende des Luftkruzers.

Regierung in Washington von den verschiedensten Seiten Schritte unternommen worden, um die Ausfuhr des Heliums, die, wie wir bereits gestern meldeten, aus geschäftlichen und imperialistischen Gründen verboten ist, zu erreichen. „World“ fordert in einem Leitartikel unter der Ueberschrift „Liefert ihnen Helium“, daß in Friedenszeiten das Helium-Monopol aufgehoben und die Ausfuhr nach Europa erlaubt wird. Wer die Brutalität besonders des amerikanischen Kapitalismus kennt, weiß, daß die Forderung „Liefert ihnen Helium“ eine billige und heuchlerische Geste von Leuten, die keinen Einfluß haben, bleiben wird.

## Dreifache Mörderin zum Tode verurteilt

Ihren Mann und Liebhaber vergiftet, erhängt und verbrannt

Wien, 7. Oktober. Unser österreichisches Bruderblatt, die „Krone“, berichtet, daß das Schwurgericht in Königgrätz die dreifache Mörderin Agnes Wittner zum Tode durch den Strang verurteilt hat. Die heute Dreißigjährige heiratete mit 16 Jahren einen zwanzigjährigen Mann, den sie bald überdrüssig wurde, worauf sie ein Verhältnis mit dem Gutbesitzersohn Gottlieb Lichy und zugleich mit dessen 76jährigen Vater anknüpfte.

Außerdem verstand sie es, einen 17-jährigen Schneiderlehrling namens Fisserl in sexuelle Hörigkeit zu bekommen, und von ihm verlangte sie, daß er ihren Mann erschießen solle. Als

gläubliche, auch diese Untersuchung verlief vollkommen im Sande. Der von Frau Wittner angeführte Mörder verschwand aus der Gegend, kam aber nach einiger Zeit wieder und versuchte von ihr Geld zu erpressen.

Am auch ihn aus dem Wege zu räumen, lödte sie ihn eines Abends in einen Heuschöder, machte ihn betrunken und jündete darauf den Schuppen an. Anton Kact verbrannte bei lebendigem Leibe.

Erst durch die eifersüchtige Frau des Schneiderlehrlings Fisserl, wurden die furchtbaren Morstaten der Frau Wittner bekannt. Vor Gericht leugnete sie bis zuletzt sämtliche Verbrechen. Doch die Beschuldigungen, die Fisserl gegen sie richtete, waren so schwerwiegend, daß das Gericht zu der oben-erwähnten Verurteilung kam.

## Die A-J-Z heute neu

der Verhehlung sich weigerte, weihte sie die beiden Lichys in ihre Mordpläne ein. Tatsächlich bekam sie von dem alten Lichy Arsenik, um ihren Mann zu vergiften.

Eines Abends lud sie ihre Liebhaber und mehrere andere Freunde zu einem Festmahl ein, und als die Lustigkeit ihren Höhepunkt erreicht hatte, schüttete sie vor aller Augen das Gift in das Weinglas ihres Mannes, der für einige Augenblicke hinausgegangen war. Der Unglückliche starb vor den Augen der ganzen Gesellschaft eines entsetzlichen Vergiftungstodes.

Die nach dem Tod eingeleitete Untersuchung gegen Agnes Wittner verlief vollkommen ergebnislos, da alle Beteiligten diese grausige Tat leugneten. Die Frau erbt das große Vermögen ihres ermordeten Mannes und zog einige Zeit später zu dem alten Lichy. Sie kaufte ihm einen Teil seines Hauses ab. Da sie jedoch ihre Schuld nicht bezahlen wollte, wurde sie von Lichy verklagt.

Mit dem jungen Lichy bedachte sie nun einen Plan aus, um den Alten zu beseitigen und fand als Helfershelfer einen arbeits- und wohnungslosen Handwerksburschen namens Anton Kact, der den alten Lichy tatsächlich im Walde erhängte. Das Un-

## Kesselplosion in Waldenburg

Ein Arbeiter tot — Zwei schwer verletzt

Breslau, 7. Oktober. In den Waldenburger Stickstoffwerken explodierte am Dienstag früh unter ungeheurem Getöse ein Kessel. Durch die umherfliegenden Maschinenteile wurden ein Schlosser getötet, ein Monteur und ein Maschinist schwer verletzt.

## Im Steinbruch verschüttet

Zwei Todesopfer

Chemnitz, 7. Oktober. Ein Schlossermeister und ein Kraftwagenführer sind in einem in der Nähe von Chemnitz gelegenen Steinbruch in einer Felschmiede tödlich verunglückt.

Die Schmiede war dicht an die Felswände angebaut und stand bereits seit 20 Jahren an dieser Stelle. Plötzlich legte sich eine ungefähr 90 Zentner schwere Felswand und stürzte auf die Schmiede, alles unter sich begrabend. Trotz hundertlanger Aufräumungsarbeiten war es nicht möglich, die Verunglückten zu bergen. Der Felssturz dürfte durch Witterungseinsätze verursacht worden sein.

## Zwei neue sowjetrussische Sendestationen

Die im Rahmen des Fünfjahrplanes vorgesehenen neuen Sendestationen stehen kurz vor ihrer Vollendung.

Die Sendestation, die auf 73.11 Breitengrad und 43.11 Längengrad als Kurzwellensender errichtet ist, wird auf Wellen 42,5 Meter arbeiten. Die Station ist die nördlichste der Welt. Sie soll in der Hauptsache arktischen Forschungen dienen.

Die zweite Sendestation wird in Potrowsk, der Hauptstadt der autonomen Republik der Wolgarepublik, im mittleren Wolga-Gebiet in Betrieb genommen. Die Sendungen werden in deutscher Sprache erfolgen.

## Kanonenfutter

Das neunzehnte Kind geboren

Kiriy a. d. Knatter, 7. Oktober. Hier wurde die Frau des Schuhmachermeisters Neppenhagenschen von ihrem neunzehnten Kinde entbunden. Sämtliche neunzehn Kinder entstammen einer Ehe.

Der patriotische Schuhmachermeister hat in seinem Vaterstolz den Reichspräsidenten gebeten, Taufpate für das 19. Kind zu stehen. „Im“, wird Hindenburg zu seinem Sekretär sagen, „Jedenfalls mal dem Manne eine von den Goldrandtaschen!“ Der Hasenbewußte Arbeiter aber: „Schön dumm bist, Kollege Schuster, soviel Kanonenfutter für einen neuen imperialistischen Krieg in die Welt zu legen!“

## Englische Fliegerin vermisst

Die englische Fliegerin Frau Bruce, die nach dem Herunterfallen ihres Flugzeuges, wird seit einigen Tagen vermisst. Ihr Flugzeug wurde zuletzt in der Gegend von Henjon am Persischen Golf gesichtet. Man vermutet, daß das Flugzeug ins Meer gestürzt oder an einer abgelegenen Stelle notgelandet ist.

## Ein Polizist aus Rache erschossen

In dem Braunkohlensüdtischen Frechen bei Köln wurde der Polizeiwachmeister Krumm von einem als Wilderer bekannten Bauernknecht erschossen. Die Bluttat wird als ein Racheakt angesehen. Der Täter ist flüchtig.

## Fünfzehnjähriger Schüler verübt Selbstmord

In Borstel i. d. Altmark hat sich ein 15-jähriger Gymnasiast mit einem Jagdgewehr im Hofe des elterlichen Hauses erschossen. Der Grund zum Selbstmord ist angeblich unbekannt.

## Im Schwarzwald schneit's

Der andauernde Temperaturrückgang der letzten Tage hat im Schwarzwald in Höhen über 1000 Meter zum ersten Male Temperaturen unter 0 Grad gebracht. Die Niederschläge fielen als Schnee und schufen eine Schneedecke von ungefähr 10 Zentimetern.

## Die Heimkehr der Indienfahrer

Unser Bild zeigt den Abtransport der aus den Luftschiffstrümmern „R 101“ geborgenen Toten. Die Leichen, die in keinem Falle mit Bestimmtheit identifiziert werden konnten, wurden in primitiven Särgen geborgen und mittels Bauernkarren zum Bahnhof gebracht.









Pirna

Leder-Vieh, Obermarkt 11

Leinwand, Kattun, Halbwand, Ober und Unter

Leinwandgeschäft mit Substitutionsmittel

Migeno Milcherzeugnisse

Gämtl. altbekanntes Bier

Restaurant zur Börse

Max Giffel

Gaslhaus Sächsische Schweiz

Arthur Zänbler

Richard Groß

Restaurant Wolfpart

Max Kühner

Hygienische Artikel

Seitl und Beschlüßler

Zigarren-Spezialgeschäft

Pelzhaus zum Löwen

ADLER-DROGERIE

Johannes Kolb

Caé Bachmann

E. Hegemald

Einrahmungen Spiegel & Bilder

Aufred Schmüder

ERI das gute Kohlmühl-Brot

Haubwald

H. Wunsch

Besucht die besuchten

Guth's Fischhalle

Gustav Pfeiffer

Kurt Noack

Stadt-Apotheke zum Löwen

Bleyle-Kleidung

Richard Scherneck

Richard Wenzel

Caé Central

A. Forker

Max Pietzsch

Sporthaus

Erich Behn

Pirna Copitz

Otto Heße

Martin Hennig

Gebr. Große

Wiener Café, Copitz

Geisthaus Erbgericht

Biergroßhandlung Paul Müller

Trinkt Sigi-Mineralwasser!

Arthur Römer

Qualitäts-Schuhwaren

Kraftfahrzeuge

Witwe Michael

Grüne und Kolonialwaren

Das Selbst

E. S. Petzsch

Das Schreinerhandwerk

Arbeitslosen

Maxin Schabel

Schermatz

Scheller

Rathmannsdorf

Molkereiprodukte, Lebensmittel

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei

Mariever Müller Nachf.

Pirna-Posta

Traugott Förster

Pirna-Jessen

Keneis Gaststätte

Königsstein

Hermann Hofmann

Spezialgeschäft

Hermann Käse

Reserviert

Das Möbelgeschäft

Friedrich Hamm

Reserviert

Grüne und Kolonialwaren

Reserviert 100

Bretnig

Trinkt Biere

aus der Brauerei Bretnig

Besucht die

Burgschänke Dohna

Otto Trebisch

Brot- und Feinbäckerei

Brot- und Feinbäckerei

Müllerei

Molkereiprodukte

Niedersedlitz

Schuhhaus Wende

Schuhgeschäft

Richard & Hofmann

Paul Franke

Ernst Mehlisch

Ernst Mehlisch

Brot- und Feinbäckerei

Ernst Mehlisch

Ost-Drogerie

Max Röder

Scheller

Schulze

Hermann Großpietzs

Reserviert

Edwin Fritzsche

Edwin Fritzsche

Zschadwitz

Biergroßhandlung

„Neueröffnung“

Fabrizier, Motorräder

Max Rieper

Ernst Mehlisch

Gustav Schotkas Erben

Ernst Mehlisch

Arth. Birte

Dresden-Lodwitz

Curt Seibert

Sie werden gut und billig bedient

Paul Lanne

Wilfried Reichner

Reserviert

Ruri Hermann

Otto Dehnel

Reserviert

Ernst Mehlisch

Ernst Mehlisch

Ernst Mehlisch

Ernst Mehlisch

Ernst Mehlisch

Ernst Mehlisch

Ernst Mehlisch

Ernst Mehlisch

Ernst Mehlisch

Ernst Mehlisch

Ernst Mehlisch

Ernst Mehlisch

Ernst Mehlisch

Ernst Mehlisch

Ernst Mehlisch

Ernst Mehlisch

Ernst Mehlisch

Ernst Mehlisch







